

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Jasper

Das Fest

Widerstand und Selbsthilfe - das Motto aus 30 Jahren AbL und Bauernstimme passt hervorragend zum Wendland. Dort startete das große Fest. Seite 12-13

Der Erfolg

Nachbaugebühren von 80 Prozent der Z-Lizenz sind viel zu hoch, hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Rückforderungen könnten folgen. Seite 15

Die Bio-Wende

Aldi wirbt mit ganzseitigen Anzeigen für seine neue Bio-Marke, Lidl kontert mit Bio plus Fair. Für die meisten Biobauern wird das kein gutes Geschäft. Seite 10-11

Die Seite 3

- Berufsgenossenschaften binden Beiträge an Arbeit** 3
Direktzahlungen an Arbeit binden: Vorschlag der AbL 3

Agrarpolitik

- Wein: Kniefall vor der WTO** 4
 Die EU will die Weinmarktordnung reformieren
Freiwillig staffeln, um zweite Säule zu sichern 5
 Verbände schlagen freiwillige Modulation vor
WTO: Abbruch statt Durchbruch 5

Milch

- Feuerwerk in Lonato** 6
 European Milk Board (EMB) gegründet
Grana Padano und Morzarella 6
 Einblicke in den italienischen Milchmarkt
Eis vom italienischen Bauern 7

Bewegung

- Widerspruch gegen CMA-Abgabe** 8
 Klagen zum Absatzfondsgesetz machen Schule
Internationale Gärten zum Wurzelschlagen 8

Märkte

- Die Ökopioniere haben ihre Schuldigkeit getan** 10
 Werden die Ideale verramscht?
Bio im Discounter 7
 Nur ein weiterer Markt oder Strukturwandel

Schwerpunkt 30 Jahre und weiter

- 30 Jahre Bauernstimme** 12
Die Vielfalt bestimmt das Bild 13

Nachbau

- IG Nachbau erneut vor EU-Gerichtshof erfolgreich** 15
 80 Prozent Nachbaugebühren zu hoch

Gentechnik

- Seehofer verliert bei Haftungsfonds** 16
Bayerischer Mais kreuzt aus 17

Querfeldein

- Rationalisierung kontra nachhaltige Viehwirtschaft** 14
 Von Geschwindigkeit, Profit, dem Wesen der Tiere und der Menschen
DLG-Feldtage 18
 Ein Gespräch zwischen Bauern

Weitere Themen

Aus Feld, Stall und Umfeld zu Besuch bei Siegfried Herbst, **Seite 9**; eine Bäuerin erzählt, **Seite 19**; Lesen, **Seite 20-21**; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, **Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Die Bauernstimme und der vzbv – die „Stimme der Verbraucher“ – haben nicht nur die „Stimme“ gemeinsam. Sie kämpfen einerseits für die Rechte der so genannten Kleinen ihrer Zunft, andererseits für strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen, die dem Einzelnen und der Gesellschaft Vorteile bringen und Zukunft sichern.

Es ist kein Zufall, dass die AbL und die Bauernstimme sich in einer Phase gegründet und etabliert haben, die geprägt war durch die Schlagwörter: mehr Leistung, mehr Produktivität, wachsen oder weichen. Ausgelöst und angetrieben durch die Subventionspolitik der EU wurde die Mengenproduktion zum alleinigen Maßstab – auf Kosten der Arbeitsplätze und der Umwelt. Gut, dass dieses Feld nicht alleine dem Deutschen Bauernverband überlassen wurde. Kritische Fragen haben AbL und Verbraucherverbände gleichlautend gestellt: Wie muss eine Agrarpolitik aussehen, die Klasse statt Masse fördert, die den Erhalt der Umwelt und die Schaffung von Arbeitsplätzen honoriert? Wie halten wir die Wertschöpfung im ländlichen Raum, wie sichern wir die Vielfalt,

**Kommentar****Bauern und Verbraucher: deren Stimmung, deren Stimmen**

die Qualität und Erreichbarkeit des Angebots an Lebensmitteln aus der Region? Die Antworten waren zaghaft: Die erste Reform der Europäischen Agrarpolitik 1992 und auch die 2003 beschlossenen Neuerungen reichen bei weitem nicht aus.

Die Antworten reichen vor allem deshalb nicht, weil sie den Bedürfnissen der Verbraucher nicht gerecht werden. Diese

wollen entgegen der weit verbreiteten Einschätzung nicht nur billige Lebensmittel. Sie wollen, dass Bauern ihren fairen Preis für die erzeugten Produkte bekommen. So findet „Faire Milch“ mit einem Preisaufschlag von fünf Cent pro Liter für die bäuerlichen Betriebe regen Absatz. Gleiches gilt für regionale Produkte und Waren mit einem Mehr an Produkt- und Prozessqualität.

Doch statt Rahmenbedingungen für eine Renaissance der bäuerlichen Landwirtschaft zu schaffen, werfen die Verantwortlichen der aufstrebenden Branche Steine in den Weg. Statt die zweite Säule weiter aufzuwerten, drohen Einschnitte. Statt Betrieben die Umstellung auf ökologischen Anbau zu erleichtern und die Umstellungshilfen auszuweiten, sollen diese abgeschafft werden. Die eingeleiteten Maßnahmen laufen dem Bedürfnis zuwider, dass die Subventionen an gesellschaftlich akzeptierte Leistungen für Natur und Umwelt, für Tierschutz, Verbraucherschutz sowie an soziale Leistungen geknüpft werden. Warum wird bei der Vergabe der Fördergelder der Faktor Arbeit nicht stärker gewichtet? Wir haben mit unserem Projekt „Nähe schafft Vertrauen“ die Vorteile regional erzeugter Produkte dargelegt: Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft in der Region, Pflege der Landschaft, Erhaltung der Artenvielfalt und weniger Umweltbelastungen durch kürzere Transportwege. Warum werden diese gesamtgesellschaftlichen Leistungen nicht entsprechend honoriert – weder von der Politik, noch in ausreichendem Maße von den Verbrauchern? Für die Verbraucher kann ich sagen: Weil sie ihnen nicht vermittelt werden. Voraussetzung für eine bewusste Entscheidung ist, dass Konsumenten wissen, wofür sie mehr bezahlen. Die steigende Nachfrage nach Bioprodukten nach der Einführung des bundeseinheitlichen Bio-Siegels und der Ladenhüter Käfige nach der Einführung der Eierkennzeichnung zeigen, wie es funktionieren kann. Hingegen gefährden Lücken in der Kennzeichnung die Wahlfreiheit der Verbraucher und deren bewusste Kaufentscheidung, wie die löchrige Gentechnik-Kennzeichnung zeigt. Das Beispiel Gentechnik zeigt aber auch: Wahlfreiheit und Chancengleichheit sind nicht nur eine Frage der Kennzeichnung. Damit alle Formen der Landwirtschaft nebeneinander gleichberechtigt existieren können und so die Wahlfreiheit für den Verbraucher gesichert ist, brauchen wir klare Koexistenz- und Haftungsregeln. Die zukünftige Subventionspolitik und konsequente Kennzeichnungsregeln von Produktqualitäten werden somit darüber entscheiden, ob und wie schnell die bäuerliche Landwirtschaft wieder stärker ins Zentrum der Landwirtschaftspolitik rückt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns eine weitere und weithin hörbare Stimme.

Prof. Dr. Edda Müller

Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/Abowerwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Berufsgenossenschaften binden Beiträge an Arbeit

Was bei den EU-Agrargeldern angeblich nicht geht, wird bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung praktiziert

Es liegt etwas in der Luft. Nicht nur die Offenlegung der Zahlungsempfänger (Transparenz), auch die Verteilung der Direktzahlungen wird wieder stärker diskutiert. Horst Seehofer hat sich Anfang Juni so dazu geäußert: „Ich bin für Transparenz, denn es handelt sich um Steuergelder. Doch es geht nicht um nackte Zahlen. Die Beihilfen müssen ins Verhältnis gesetzt werden zu den Leistungen, die die Höfe bringen, und zur Zahl der Arbeitsplätze, die daran hängen. Sonst bekommen wir eine unsägliche Neiddebatte.“ Seehofer sagte das nicht in Bayern, sondern am Rande eines Besuchs auf einem großen Milchviehbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern in einem Interview der *Ostseezeitung*.

Die Höhe der Direktzahlungen auch davon abhängig zu machen, wie viele Menschen ein Betrieb beschäftigt, das wird von denen, die das verhindern wollen, gerne als zu umständlich dargestellt. Dabei wird bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung genau das eingeführt, was bei den Prämien nicht gehen soll.

Beispiel Unfallversicherung

Dem Beispiel Niedersachsen folgend, ändert die Berufsgenossenschaft Nordrhein-Westfalen die Gestaltung der Beiträge, mit denen die Betriebe ihre Be-

triebsleiter und sämtliche Mitarbeiter und Mithelfer gegen Unfallfolgen versichern. Bisher richtet sich die Beitragshöhe vor allem nach dem Umfang der Nutzfläche: Wer viel Fläche hat, muss hohe Beiträge zahlen. Die flächenstarken Ackerbau- bzw. Marktfruchtbetriebe fühlen sich davon benachteiligt.

Neues System

Um die größeren Betriebe zu entlasten, haben die Vertreter der Bauernverbände in NRW ein neues System durchgesetzt. Nicht mehr die Fläche, sondern der Arbeitszeitbedarf der Betriebe bestimmt in Zukunft, wie viel Beitrag ein Betrieb zahlen muss. Dazu sind bis Weihnachten letzten Jahres 90.000 Erhebungsbögen an alle Betriebe in NRW verschickt worden. Die Bauern und Gärtner mussten darin detailliert angeben, welche Kulturen sie auf wie viel Fläche anbauen, wie viel Grünland sie haben und wie intensiv sie es nutzen, wie viel Mast Schweine oder Ferkel, Kälber oder Bullen, Legehennen mit oder ohne eigene Vermarktung usw. sie im Jahr erzeugen. Nach zwei Runden Erinnerungsschreiben haben mittlerweile fast 85.000 Betriebe geantwortet. Nun wird gerechnet. Für jeden Hektar und für jedes Tier werden Punkte („Berechnungseinheiten“) für den jeweiligen Arbeitszeitbedarf vergeben, wobei kalkulatorische

Daten zugrundegelegt werden. Ein Hektar Getreide zählt 1,1 Punkte, ein Hektar intensive Mähweide 1,98 Punkte, eine Milchkuh 5,83 Punkte, genauso viel wie ein Deckbulle. Ein „Masthähnchen ohne eigene Vermarktung“ kommt auf 0,0007 Punkte.

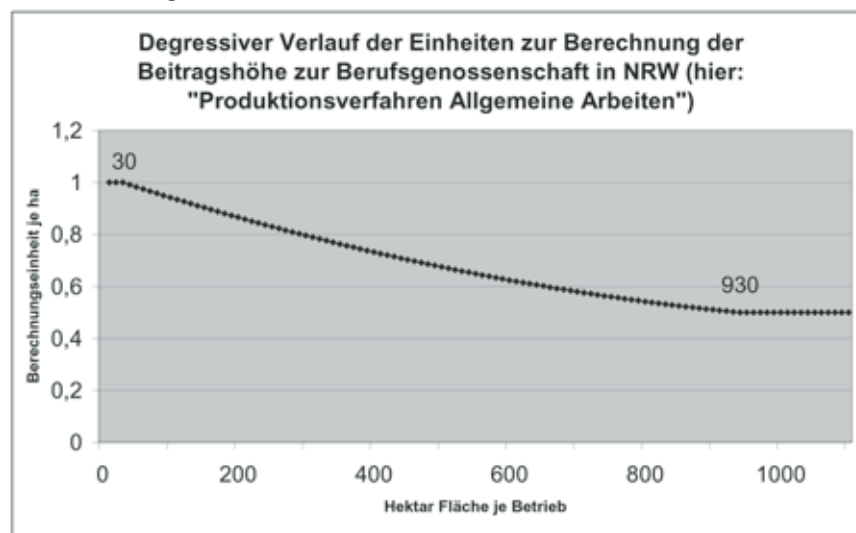
Degression

Es wird aber nicht jede Milchkuh gleich bewertet: Bis zur 40. Kuh zählt jede Kuh gleich viel (5,83), ab dann geht es degressiv gestaffelt abwärts bis zur Kuh Nummer 300, die und alle weiteren zählen jeweils nur 3,85 Punkte. Begründet wird das damit, dass in großen Beständen das Einzeltier weniger Arbeit macht.

Die Summe der Punkte bzw. Berechnungseinheiten ergibt den anzusetzenden Arbeitszeitbedarf eines Betriebes. Daraus errechnet sich dann der Beitrag eines Betriebes (zusätzlich zu einem einheitlichen Grundbeitrag von 100 Euro je Betrieb).

Das neue System entlastet die größeren Betriebe und führt zu Beitragssteigerungen bei den kleineren – das genau ist sein Ziel. Der Deutsche Bauernverband (DBV) will das neue System bundesweit einführen lassen, so steht es in einem Präsidiumsbeschluss.

uj



Direktzahlungen an Arbeit binden: Vorschlag der AbL

Mit dem AbL-Vorschlag wird die Benachteiligung arbeitsintensiver bäuerlicher Betriebe abgebaut, ob groß oder klein

Es gibt viele Wege, um die Agrarzah- lungen an den Faktor Arbeit zu bin- den. Seit nunmehr fast zehn Jahren schlägt die AbL vor, dafür die tatsächlichen Lohnkosten der Betriebe heranzuziehen. Wie das funktioniert, zeigen Berechnungen an zwei Beispielbetrieben. **Beispielbetrieb Nummer eins:** Der bereits in der Bauernstimme (2/06) vorge- stellte Ackerbaubetrieb „Nehring, Isermeyer GbR Landwirtschaft“ in Becken- dorf-Oschersleben, Sachsen-Anhalt, ist 2.320 Hektar groß und bekommt jedes Jahr rund 700.000 Euro an Direktzah- lungen. Nach Angaben des Betriebslei- ters beschäftigt der Hof 12 Arbeitskräfte. Umgerechnet auf die derzeitigen Direkt- zahlungen erhält der Betrieb also 60.000 Euro für jede Arbeitskraft, somit wahr- scheinlich nur geringfügig weniger als die gesamten Lohnkosten im Betrieb aus- machen. Im Durchschnitt aller Betriebe werden umgerechnet je Arbeitskraft nur gut 8.000 Euro gezahlt. Die AbL kriti- siert die Zuteilung dieser Zahlungen, weil sie bäuerliche Betriebe benachteiligt.

1. Schritt: Staffelung

Nach dem AbL-Modell werden im er- sten Schritt die Direktzahlungen gestaf- felt gekürzt. Dabei bleiben die ersten 30.000 Euro je Betrieb kürzungsfrei. In dem Bereich von 30.000 bis 100.000 Euro erfolgt eine Kürzung um 25 Pro- zent. Prämienanteile zwischen 100.000 und 200.000 Euro werden um 50 Pro- zent gekürzt und alles darüber um 75 Prozent. Nach dieser Staffelung erhält der Ackerbaubetrieb in Beckendorf- Oschersleben zunächst einmal 257.500 Euro an Direktzahlung, 442.500 Euro werden also erst mal gekürzt.

2. Schritt: Arbeit anrechnen

Das AbL-Modell bietet dem Betrieb aber die Möglichkeit, die Kürzung durch Nachweis von sozialversiche- rungspflichtigen Lohnkosten wieder auszugleichen. Der Betrieb kann also zunächst schon seine Lohnkosten für seine 12 Arbeitskräfte geltend machen. Schätzen wir einmal die Lohnkosten auf 30.000 Euro je Arbeitskraft, dann kommt der Betrieb für die 12 Angestell-

ten auf eine Summe von 360.000 Euro. Weil es um Wirtschaft geht, sollen laut AbL maximal 50 Prozent der Lohnkos- ten gegengerechnet werden können. Das macht im Beispielbetrieb 180.000 Euro, die er zu den im ersten Schritt gekürzten Direktzahlungen von 257.000 Euro hinzubekommt. Es bleibt eine Kür- zung von 262.500 Euro. Bringt der Be- trieb nun weitere Menschen in Arbeit, kann er damit ganz aus der Kürzung herauskommen und bei 700.000 Euro Direktzahlungen bleiben. Um 265.500 Euro Kürzung ganz auszugleichen, braucht der Betrieb Lohnkosten von 525.000 Euro, was bei angenommenen 30.000 Euro je AK zusätzliche 17,5 Stellen bedeuten würde.

„Es ist seine Entscheidung“, beschreibt der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Entscheidet sich der Betrieb so, dass er keine neuen Leute einstellt, dann kommt das Geld an- deren Betrieben zugute, die im Rahmen der zweiten Säule in Arbeitsplätze in- vestieren oder diese erhalten.“

Dass es sehr wohl Betriebe in der Größe gibt, die 30 Menschen beschäftigen, zeigt der Demeter-Betrieb Brodowin unweit von Berlin. Auf 2.000 Hektar wirt- schaften hier 50 Arbeitskräfte. „Das AbL-Modell geht nicht gegen Großbe- triebe, sondern es sorgt dafür, dass die Prämien nicht belohnen, wenn Betriebe Arbeitsplätze wegrationalisieren.“

Beispielbetrieb Nummer zwei: Matthias Stührwoldt bewirtschaftet im schleswig- holsteinischen Stolpe einen 108 Hektar großen Bio-Milchviehbetrieb und be- schäftigt keine familienfremden Arbeits- kräfte. Er bekommt jährlich 31.635,85 Euro aus der Brüsseler Agrarkasse. Des- halb werden Stührwoldt gemäß dem AbL-Modell neben dem kürzungsfreien Betrag von 30.000 Euro 25 Prozent von 1.635,85 Euro gekürzt, also rund 400 Euro. Schafft Stührwoldt einen Mini- job mit Lohnkosten von mindestens 800 Euro im Jahr, kann er die Kürzung voll ausgleichen.

Berit Thomsen

Bové statt Chirac

José Bové, weit über Frankreich bekannter Repräsentant der Confédération Paysanne, will bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2007 antreten und damit Jacques Chirac aus dem Amt verabschieden. Er versteht sich als Vertreter einer „ökologischen, antiliberalistischen und globalisierungskritischen“ Bewegung. In einem Interview sagte er, er sehe sich als politische Spitze „links von den Linken“ und will auch die Gegner der Fassung der EU-Verfassung repräsentieren, die im letzten Jahr in Frankreich von der Mehrheit der Franzosen abgelehnt worden ist. Laut *Agra Europe* kritisierte der französische Bauernverband FNSEA die Kandidatur Bovés, sein Handeln und sein Ehrgeiz seien radikal und liefen dem Projekt einer Erneuerung der französischen Landwirtschaft entgegen. *pm*

5.000 inländische Erntehelfer mehr

Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) haben in diesem Frühjahr 5.000 inländische Erntehelfer mehr bei der Spargel- und Erdbeerernte mitgearbeitet als im letzten Jahr. Das hätten die gesteigerten Aktivitäten der Arbeitsagenturen erreicht. Für die weiteren Erntearbeiten stünden derzeit rund 40.000 Interessierte im Bewerberpool der BA. Die Agentur zog damit eine positive Zwischenbilanz der so genannten Eckpunkteregelelung des Bundesarbeitsministeriums, wonach in diesem Jahr erstmals mindestens 10 Prozent der rund 300.000 ausländischen Saisonarbeitskräfte durch Inländer ersetzt werden muss. Bauernverbände zogen eine ganz andere Bilanz: Eine Umfrage bei Betrieben habe ergeben, dass nur die Hälfte der vermittelten Bewerber zum Vorstellungsgespräch erscheine; von den Eingestellten beende ebenfalls rund die Hälfte die Arbeit innerhalb der ersten Woche. Eigentlich ist vorgesehen, dass der Anteil der Inländer im nächsten Jahr auf 20 % steigen soll. *uj*

Gesetz wird keinen Bestand haben

Der Verband EUROSOLAR hat das von CDU/CSU und SPD beschlossene Gesetz zur Biokraftstoffbesteuerung scharf kritisiert. Geschäftsführerin Irm Pontenagel: „Bundesfinanzminister Steinbrück hatte vor, die gesamte Biokraftstoffförderung auf eine bloße Beimischungspflicht zu fossilen Kraftstoffen zu beschränken und ab dem Jahr 2009 die Biokraftstoffe zum Oligopol der Mineralölkonzerne zu machen. Damit wäre der Rein-Biokraftstoffmarkt zu Grabe getragen worden.“ Nun werde der steuerlich begünstigte Biokraftstoffmarkt für Biodiesel und für Pflanzenöl bis 2011 befristet sein. Pontenagel: „Wenn bis dahin die Ölpreise auf den Weltmärkten nicht deutlich ansteigen, wird der Rein-Biokraftstoffmarkt für diese beiden Biokraftstoffe ab 2012 nicht weiter bestehen können. Deshalb ist dieses Konzept untragbar. Dieses Gesetz wird keinen Bestand haben.“ *pm*

Agrarbericht nur alle vier Jahre

Bundesminister Horst Seehofer will den Agrarbericht der Bundesregierung nicht mehr jährlich, sondern nur noch einmal je Legislaturperiode erstellen lassen. Das sei ein Beitrag zum Bürokratieabbau. Die Öffentlichkeit solle in Form „aktueller Informationen und gezielter Öffentlichkeitsarbeit“ informiert werden. Ob dafür keine Erhebungen notwendig sind, ließ er offen. Ganz abgeschafft werden soll der Rinderpass, beibehalten wird aber die Rinderregistrierung per HIT-Datenbank. Ferner soll es nicht mehr als Ordnungswidrigkeit eingestuft werden, wenn bei Rindern eine der beiden vorgeschriebenen Ohrmarken abhanden kommt. Die Pflicht zur Nachkennzeichnung soll gelockert werden, lautet eine der Empfehlungen einer Lenkungsgruppe von Fachleuten von Bund und Ländern, die Minister Seehofer eingesetzt hat. *uj*

Agro-Gentechnik und Arbeit

Rund 500 Personen sind derzeit in der Agro-Gentechnik in Deutschland beschäftigt. Dies belegt eine Untersuchung, die vom Lehrstuhl für Unternehmensführung der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg im Auftrag des BUND durchgeführt wurde. Auch in Zukunft wird es nach Einschätzung der Wissenschaftler aufgrund von Fusionen und weiterer Rationalisierung der Unternehmen nicht zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen durch die Agro-Gentechnik kommen. Thorsten Helmerichs, Autor der Analyse: „Es gibt keine Belege für die von Befürwortern der Gentechnik oft angeführten positiven Wirkungen der Agro-Gentechnik auf den Arbeitsmarkt. Zahlen von Zehntausenden von neuen Arbeitsplätzen, die beispielsweise von der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie genannt wurden, entbehren jeder realistischen Grundlage.“ *mn*

Kurzes am Rande

Wein: Kniefall vor der WTO

Die EU will die Weinmarktordnung reformieren

Am 22. Juni hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Reform der EU-Weinmarktordnung (GMO) vorgelegt. Die Reform sei notwendig, da sinkender Weinverbrauch, gepaart mit steigenden Hektarerträgen und vor allem steigenden Importen aus der so genannten „Neuen Welt“ (Chile, Australien, Kalifornien), Überschüsse von rund 15 Prozent der EU-Erzeugung erwarten lassen. Die Reform soll nicht nur Angebot und Nachfrage wieder ausgleichen, sondern insbesondere einem weiteren WTO-Panel vorbeugen, erklärte Dirk Ahner, stellvertretender Generaldirektor der EU-Kommission in Berlin. Von den anwesenden Weinerzeugerverbänden wurde

begünstigen nördlichen Anbaugebieten (zu denen Deutschland zählt) traditionell üblich und dann auf die südlichen Länder ausgedehnt worden.

EU-Mittelverteilung

Der Finanzrahmen zwischen EU und Mitgliedstaaten soll dann individuell ausgedehnt werden. Je nach Finanzausstattung bietet das gewisse nationale Gestaltungsmöglichkeiten.

Qualitätspolitik

Hier liegt viel Sprengstoff, denn die EU will nicht nur die Weinklassifizierung an die Bestimmungen des internationalen TRIPS-Übereinkommens anpassen und damit künftig nur noch zwei Klassen für Wein zulassen: Wein mit geographischer Angabe (g.A.) und Wein ohne g.A., sondern vor allem bisher verbotene Weinbereitungsverfahren erlauben. Bisher war es verboten, Drittlandsweine mit europäischen Weinen zu vermischen oder gar Wein aus importierten Mosten herzustellen. Verboten waren auch typisch industrielle Verfahren wie die Fraktionierung und Rekombination von Wein, die Zugabe von Wasser, Aromastoffen oder die Verwendung von Holzspänen statt einer Reifung im Holzfass. Die Preisgabe der bisherigen Qualitätspolitik ist vor dem Hintergrund des bereits im Dezember mit den USA abgeschlossenen bilateralen Weinabkommens zu sehen. Demzufolge dürfen künftig in der EU importierte Weine verkauft werden, die nicht den EU-Qualitätsvorschriften entsprechen.



400.000 ha oder 12 % der Weinberge in der EU will die EU-Kommission roden lassen.

Foto: Erdmanski-Sasse

nicht nur diese defensive Haltung stark kritisiert, umstritten sind auch die folgenden zentralen Reformelemente:

Mengenrückführung

Neuaufgabe der Rodungsprämie für 400.000 der 3,4 Mio. Hektar Weinanbaufläche in der EU. Sie allein würde 30 bis 40 Prozent des vorgelegten EU-Haushalts für die Weinmarktordnung auffressen. Die freierwerdende Fläche würde dann der Betriebsprämie angerechnet. Die Pflanzrechte sollen bis 2012 beschränkt bleiben. Alle Beihilfen für Destillation, Lagerhaltung, Mosterzeugung würden abgeschafft werden. Im Gegenzug soll die Verwendung von Zucker oder Traubenmost zur Anreicherung des Alkoholgehaltes des Weines auf 2 bzw. 1 Prozent begrenzt werden. Die Anreicherung war vornehmlich in den klimatisch weniger

Etikettierung

Viel gesprochen wird vom „neuen Konsumenten“. Für ihn soll die Etikettierung vereinfacht werden. Auch Weine ohne geographische Angabe sollen künftig die Rebsorte und den Jahrgang nennen dürfen. Damit wird der Tafelwein noch leichter mit dem Qualitätswein (Q.b.A.) zu verwechseln sein.

Fazit

Bedeutet die Vorschläge zur Mengenregulierung eine Chance für Qualitätswein, werden diese durch die klar industriell ausgerichtete Qualitätspolitik zunichte gemacht. Der Konflikt zwischen traditioneller europäischer Weinbaukultur und industriell orientierten auf (Welt-)Markteroberung setzenden Weinfirmen wird künftig nicht nur zwischen Europa und den „Neuen Weinländern“ ausgetragen, sondern ist spätestens jetzt auch in Europa aufgebrochen.

Dr. Andrea Fink-Keßler

Reformvorschläge der EU-Kommission im Internet: http://ec.europa.eu/agriculture/capreform/wineindex_de.htm

Freiwillig staffeln, um 2. Säule zu sichern

Verbände schlagen freiwillige Modulation vor. Seehofer: nicht vor 2009

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, wie die freiwillige (fakultative) Modulation in den Mitgliedstaaten eingeführt werden soll. Die Regierungschefs der EU-Staaten hatten sich im Dezember 2005 darauf geeinigt, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten sollen, zusätzlich zur verpflichtenden Modulation bis zu maximal 20 Prozent der Direktzahlungen der ersten Säule für Förderprogramme der zweiten Säule (Ländliche Entwicklung) umzuwidmen. Der Verordnungsentwurf der Kommission liest sich allerdings so, als wenn die Kommission das Instrument möglichst nirgendwo angewendet sehen will. Ein Mitgliedstaat, der sich für die weitere Umwidmung entscheidet, soll binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten der EU-Verordnung festlegen, welche Kürzungssätze er bei den Direktzahlungen in den Jahren bis 2013 genau anwenden will. Aus den Kürzungen ergeben sich die Mittel, die im Land für Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszulage, Investitions- oder Vermarktungsförderung eingesetzt werden können.

Staffelung

Das Vorgehen der Kommission wird von einem Bündnis von Verbänden, koordiniert von AbL und Euronatur, kritisiert. In einer Stellungnahme zum Verordnungsentwurf fordern sie zudem, dass den Mitgliedstaaten ermöglicht werden muss, nicht einen linearen Kürzungsansatz, sondern eine differenzierte Staffelung in Kombination

mit einer Bindung an Arbeitskräfte anzuwenden. Auch hier ist der Verordnungsvorschlag bisher sehr restriktiv und sieht lediglich einen kürzungsfreien Grundbetrag von 5.000 Euro je Betrieb und Jahr vor. In einer Anhörung im Bundestag haben sowohl Bernd Voß, stellvertretender AbL-Bundesvorsitzender, als auch Lutz Ribbe von Euronatur und Wolfram Güthler vom Deutschen Verband für Landschaftspflege die Nutzung der freiwilligen Modulation in Deutschland gefordert. Ablehnung kommt – wie zu erwarten – vom Deutschen Bauernverband, der sich auf die Verteidigung der Direktzahlungen der ersten Säule und ihrer derzeitigen Verteilung konzentriert.

Bundesminister Horst Seehofer (CSU) sowie sein parlamentarischer Staatssekretär Gerd Müller (CSU) haben für sich ausgeschlossen, die freiwillige Modulation vor 2009 in Deutschland anzuwenden. Dann aber, so Seehofer, werde es eine Überprüfung der EU-Agrarreform von 2003 geben. Auf entsprechende Vorschläge der EU-Kommission will Seehofer dann „gut vorbereitet“ sein. Er zeigt sich offen dafür, die Zahlungen stärker als bisher an gesellschaftliche Leistungen zu binden. Ob er sich in seinem Ministerium damit viele Freunde macht, ist derzeit noch unklar. Die Stimmen gehen aber weit auseinander.

94 Prozent für Transparenz

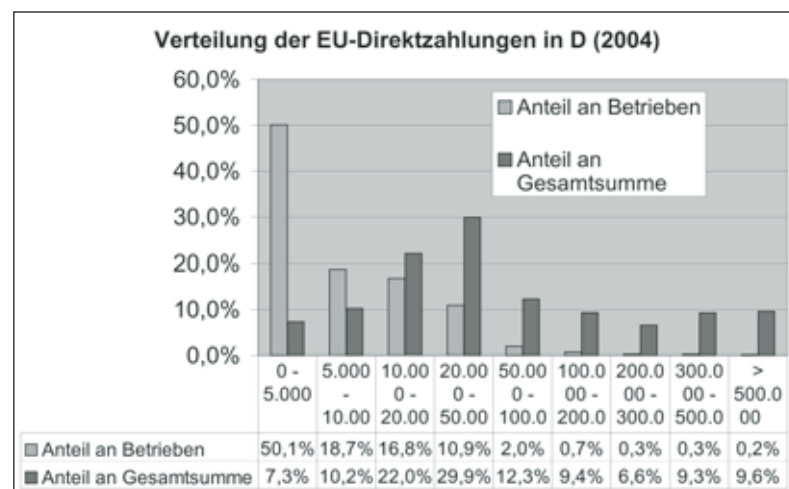
Der Umweltverband WWF hat in einer repräsentativen Ipsos-Umfrage ermitteln las-

sen, wie die Bundesbürger zu den EU-Agrarzahungen stehen. Demnach gaben 96 Prozent der 1.000 Befragten quer durch alle Altersgruppen und Bildungsschichten an, dass allein solche Bauern EU-Zahlungen erhalten sollten, die umweltfreundlich anbauen und ihre Tiere artgerecht halten. 94 Prozent der Bürger wollen wissen, welcher Betrieb wofür EU-Subventionen erhält. Hier wollen nun die Bundesländer über den Bundesrat die EU-Kommission ausbremsen, die bekanntlich für die Offenlegung wirbt.

uj

Länder: Bund soll zurückzahlen

Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wollen, dass nicht sie, sondern der Bund die Rückzahlung von EU-Agrarhilfen übernimmt, die sie nicht bestimmungsgemäß ausgezahlt haben. Es handelt sich im Fall Mecklenburg-Vorpommern um 12,8 Mio. Euro und im Fall Brandenburg um 422.000 Euro. Die Klage der Länder wird seit dem 4. Juli vor dem Bundesverfassungsgericht behandelt. Das Argu-



Die neuesten Zahlen der EU-Kommission zur Verteilung der EU-Direktzahlungen (1. Säule) im Jahr 2004. Grafik: AbL/Bauernstimme

Bund kürzt GAK

Der Bund kürzt seine Mittel für die zweite Säule in diesem Jahr um 70 Mio. Euro. Für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) hat Minister Seehofer nur noch 650 Mio. Euro in den Haushalt 2006 eingestellt, der Ende Juli im Bundestag verabschiedet worden ist. Wie schon 2005 wird der Betrag noch um 35 Mio. Euro „Globale Minderausgabe“ gekürzt. Effektiv bleiben also nur noch 615 Mio. Euro.

Da in Deutschland die landwirtschaftlichen Förderprogramme Sache der Länder sind, fließen die GAK-Mittel des Bundes in die Landesprogramme ein, sofern sie den Vorgaben entsprechen. Das Bundesministerium sieht das Problem vor allem bei den Ländern, die die finanziellen Möglichkeiten, die der Bund bietet, gar nicht ausnutzen.

uj

WTO: Abbruch statt Durchbruch

Verhandlungen in der WTO ohne Ergebnis abgebrochen, nächstes Ziel ist Ende Juli

Das der geplante Durchbruch in den WTO-Verhandlungen Ende Juni erfolglos geblieben ist, ist mit Blick auf die vergangenen Monate nichts Neues. Neu ist hingegen, dass diesmal in keinem Bereich auch nur der kleinste Fortschritt erzielt werden konnte. Dabei hatte WTO-Chef Pascal Lamy den Chefunterhändlern kurz vor dem Treffen noch einen Kompromissvorschlag vorgelegt, um die offensichtlich festgefahrenen Gespräche in der Genfer WTO-Zentrale voranzubringen.

Demnach sollten die Importzölle für Agrargüter um durchschnittlich 54 Prozent gesenkt werden. Aber damit zeigte sich die EU nicht einverstanden, die bisher einen Vorschlag zur Zollsenkung um 39 Prozent auf den Tisch gelegt hat. Weiterhin sollten laut Lamys Papier die USA ihre Agrarsubventionen senken, und zwar unter das der-

zeitige Niveau von 20 Milliarden US-Dollar. Dagegen wiederum sträubt sich der transatlantische Nachbar. Und zu guter Letzt sieht Lamys Vorschlag eine Senkung der Importzölle für Industriegüter auf etwa 20 Prozent vor. Das wiederum würde tiefe Einschnitte für Entwicklungsländer bedeuten.

Die Verhandlungen zeigen doch, dass die Liberalisierung ohne Leitplanken Verlierer fordert und keiner der Verlierer sein will. Es wird Zeit, die Handelsgespräche in eine andere Richtung zu lenken: eine, die Dumping abbaut und die Entwicklung von Wirtschaftszweigen in den Ländern ermöglicht und stärkt, statt sie zu unterminieren.

Berit Thomsen

ment der Länder lautet, dass es keine gesetzliche Grundlage gebe. Die Föderalismusreform sieht vor, dass in solchen Fällen der Bund 85, das Land 15 Prozent zu tragen haben.

Feuerwerk in Lonato

Das European Milk Board ist formell gegründet. Romuald Schaber ist Vorsitzender

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa sind Milchbauern dabei, ihre Interessen neu zu organisieren, um konsequent für faire Milchpreise zu streiten. Das ist an sich schon etwas ganz Besonderes, aber sie stimmen sich zudem auch noch, über Grenzen hinweg ab. Nun ha-



Nach vollbrachter Arbeit: Vertreterinnen und Vertreter der EMB-Gründungsorganisationen in Italien. Mit dabei auch Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende (4. v. l.).
Foto: EMB

ben sich Organisationen aus zehn europäischen Ländern eine feste Struktur gegeben und das European Milk Board auch formell gegründet.

Das EMB-Mitglied APL Pianadura Padana hatte in seine Region eingeladen und einige Besonderheiten der italienischen Milchproduktion konnten vor Ort betrachtet werden (siehe Artikel unten). Ganz zufällig passte alles zusammen: Just an dem Tag, an

dem die Organisationen des EMB ihre Satzung beschlossen und einen Vorstand gewählt hatten, feierte die Stadt Lonato in Norditalien ein Fest mit Feuerwerk. Die EMB-Mitglieder nahmen es selbstbewusst als ein Zeichen für das Besondere dieses European Milk Board. Nach dem anstrengenden Diskussionstag zauberte das Lichtermeer ein stolzes Lächeln auf die Gesichter der 25 Teilnehmer des EMB-Treffens in Italien.

Es wurde viel entschieden bei dieser Zusammenkunft. Das European Milk Board wird als Verein eingetragen mit einer fein abgestimmten Satzung. Ein Finanzplan wurde beschlossen, der unter anderem die Einrichtung einer vollen Koordinierungsstelle vorsieht. Diese wird die Vernetzung zwischen den einzelnen Organisationen sehr gezielt weiter ausbauen und die schnelle Handlungsfähigkeit des EMB auf europäischer Ebene mitentwickeln. Auch eine gemeinsame Internetseite wird in Zukunft über die Entwicklung des Kampfes für einen kostendeckenden Milchpreis berichten.

Zusammenarbeit in Europa

Für das EMB ist es entscheidend, trotz seiner geographischen und kulturellen Breite so eng und intensiv wie möglich zu kooperieren. Deshalb wurden einige Aufgaben dem aus sechs Mitgliedern bestehenden Vorstand in die Hände gelegt. Er soll in

den nächsten Monaten zwei Personen für die Koordinierungsstelle engagieren, ein gemeinsames Konzept zur Mengenregulierung erarbeiten, und vor allem die Information auf Seiten der Landwirte weiter vorantreiben.

Ein hoher Bündelungsgrad wird als die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit der Molkereiwirtschaft gesehen. Denn nur eine breite und solidarische Basis, die auch tatsächlich bereit ist, konsequent zu agieren, d.h. notfalls den Milchhahn zuzudrehen, kann Stärke gegenüber den Molkereien demonstrieren und so ihre Forderungen durchsetzen. Außerdem sollen internationale Verhandlungsteams zusammengestellt werden.

Romuald Schaber vom BDM wurde zum Vorsitzenden des European Milk Board gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Sieta van Keimpema aus den Niederlanden, Ernst Halbmayr aus Österreich, Niels Lund aus Dänemark, Bernd Jacobs aus Belgien und Roberto Cavaliere aus Italien. Die AbL ist ebenfalls Gründungsorganisation des European Milk Board. Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL, erläuterte in Italien: „Diese internationale Bauernbewegung mit ihrer Dynamik ist etwas, was es schon lange nicht mehr gab. Wir wollen das EMB nach Kräften unterstützen, damit es erfolgreich wird.“

Sonja Korpeter

Grana Padano und Mozzarella

Einblicke in die italienische Milchsituation

In Italien ist vieles anders als in Deutschland. Das Klima, die Politik, die Quotenmenge... doch der Milchpreis ist im Nachbarland ebenso wenig kostendeckend wie hier. 29 Cent bekommen die Milchzeuger im Norden des Landes, inklusive aller Zuschläge. Im Süden, wo die Milchzeugung kleinstrukturierter ist und besonders frische Käsesorten mit einer höheren Wertschöpfung wie beispielsweise Mozzarella hergestellt werden, sind die Preise etwas höher.

In der norditalienischen Lombardei werden 40 Prozent der gesamten italienischen Milch erzeugt. Roberto Cavaliere aus der Nähe von Brescia liefert seine Milch an die Genossenschaft COMILATTE. Im Auftrag verarbeitet eine externe Molkerei die 200 t Milch im Monat insbesondere zu Käse, Grana Padano und Parmiggiano Reggiano. Die Endprodukte kommen nach entsprechender Lagerzeit (20-24 Monate) zurück an die Genossenschaft. Die verkauft sie an Zanetti und andere Unternehmen. Die 550 Mitgliedsbauern der Genossenschaft orga-

nisieren die Produktion und den Verkauf ihrer Milch selbst. Die Betriebe in dieser Region sind relativ groß. Der Durchschnitt der APL Pianadura Padana, einer Milchzeugerorganisation in der Nähe von Brescia, liegt bei 600.000 l Milch pro Betrieb und Jahr.

In Italien gibt es ebenfalls ein Saldierungssystem. Bei der Ausschüttung der zusätzlichen Quoten werden Gebirgsregionen bevorzugt behandelt. Cavaliere kritisiert jedoch, dass die Verteilung der Quoten sehr undurchsichtig und praktisch nicht nachprüfbar sei. Seine Organisation hat deshalb in einigen Fällen einen Rechtsanwalt beauftragt, um vom Staat geforderte Superabgaben zu verweigern. Das Gros der Landwirte und der Milchviehhalterorganisationen in Italien ist für den Erhalt des europäischen Quotensystems, sieht es in seiner jetzigen Form jedoch auch kritisch.

70 Prozent Selbstversorgung

Italien erreicht mit seiner Quotenmenge von gut 11 Mio. t Milch nur einen Selbst-

versorgungsgrad von 70 Prozent. Allein aus Deutschland werden jedes Jahr 2 Mio. t Milch und Rahm importiert. Aus anderen EU-Ländern und sogar aus Übersee kommen weitere Teile der fehlenden Milch. Doch auch in Italien selber wird insbesondere in den letzten drei Monaten des Quotenjahres deutlich mehr Milch erzeugt, als die Quote erlaubt. Diese Milch wird Schwarzmilch genannt. Sie taucht in keiner Statistik auf und wird von den Molkereien gerne genommen, denn sie bezahlen sie mit ca. 20 Cent/kg wesentlich schlechter als die offizielle Milch.

Und noch ein ganz offensichtlicher Unterschied: In Italien ist es heiß. Sogar in Norditalien werden entweder die Kühe direkt besprengt oder aber die Dächer über ihnen. Die Ställe sind offen und leicht gebaut. Weidegang ist zumindest bei den großen Betrieben keine Selbstverständlichkeit. Die Tiere werden dort ganzjährig im Boxenlaufstall gehalten und mit Silage und Getreide gefüttert.

Sonja Korpeter

EMB trifft Kanadisches Milk Board

Der Vorstand des gerade auch formell gegründeten European Milk Board hat am 2. Juli in Genf den Vorstand des kanadischen Milk Board getroffen. Themen des Gesprächs waren die unterschiedlichen Milchmengen- und Preissteuerungssysteme in Europa und Kanada sowie die WTO-Verhandlungen und mögliche Auswirkungen auf die Milchbauern. sk

Eis vom italienischen Bauern

Das Eiscafé ist ein wichtiges Standbein für den Milchbetrieb Cavaliere in Norditalien

Olivenbäume, Blumen, ein kleiner Streichelzoo, Tische im Schatten von großen Schirmen – und viele Sorten schönes, kühles Eis! Die Touristen aus Deutschland und anderswo fühlen sich wohl auf dem Milchviehbetrieb. Und auch die Italiener kommen am Wochenende hierher, um selbst gemachtes Eis aus frischer Milch zu schlecken.

Der Milchviehbetrieb der Familie Cavaliere liegt etwa 8 km vom Gardasee entfernt. Die Region ist vom Tourismus geprägt; jedes Jahr im Sommer verdoppelt der Ort Desenzano del Garda seine Einwohnerzahl. Vor einigen Jahren hatte die Familie Cavaliere überlegt, die Milchproduktion aufzugeben. Die Milchpreise waren schlecht und der Betrieb war nach einem Brand wirtschaftlich sehr geschwächt. Rundherum schlossen die Höfe; nur 50 Prozent der Milchviehbetriebe, die es 1995



Ein starkes Team versorgt die Besucher der Bauernhof-Eisdiele mit selbstgemachtem Eis. Foto: Cavaliere

gab, existieren heute noch. Doch dann beschlossen die Cavalieres zu kämpfen, und die kreativen Ideen begannen zu sprudeln.

120 Milchkühe...

In einem ersten Schritt wurde nur die Produktion ausgeweitet. Der Betrieb hat heute 120 Milchkühe und eine jährliche Milchproduktion von einer Million Liter Milch. Die Kühe sind ganzjährig in einem offenen Boxenlaufstall, dessen Dach mit Wasser besprüht wird, um den Tieren etwas Kühle zu verschaffen – ein ungewöhnlicher Anblick für uns Nordländer. 300 Stück Vieh sind es insgesamt, doch nur 60 ha Land. Das ist eine Zahl, die die Besucher aus anderen europäischen Ländern ebenfalls sehr verwundert: Gibt es in Italien denn keine Vieheinheiten-Begrenzung? Doch, aber sie liegt wesentlich höher.

... und vieles mehr

Im zweiten Schritt startete die Familie eine Initiative zur Diversifizierung, um auf mehreren Beinen zu stehen. Seit 2004 wird auf drei Hektar Land Wein angebaut und selber gekeltert. Die Sorten Torrebiano, Marzemino und Merlot verkaufen die Cavalieres im Café, an Restaurants der Region und vielleicht bald auch in Deutschland.

Im Juni 2005 wurde das Bauernhof-Eiscafé eingeweiht und hatte gleich im ersten Jahr einen Riesenerfolg. Am Wochenende kom-

men durchschnittlich 2.000 Gäste. 67.000 Liter Milch flossen im ersten Jahr in die Eisherstellung.

Erst seit wenigen Wochen ist die neue Käseerei in Betrieb. Ricotta, Mozzarella, Formagella und Joghurt werden hier hergestellt; oft wird bis nach Mitternacht gearbeitet und die Besucher können durch eine Glaswand dabei zugucken. Bevor sie wieder losfahren, kaufen viele noch Käse, Milch, Salami, Schinken und Wein. Die Milch können die Kunden sich direkt aus

dem Automaten ziehen (siehe Meldung rechts oben). Die anderen Produkte erhält man inklusive Beratung an einer extra Theke. So ist diese Eisdiele nicht nur eine Möglichkeit, aus der Milch eine höhere Wertschöpfung zu erzielen. Sie erleichtert auch die Vermarktung der anderen Produkte des Hofes. Langfristig möchte Roberto Cavaliere neben der Käse- und Schinken/Salami-Palatte seinen Gästen auch komplette Gerichte anbieten.

Solch eine Vielfalt an Produktionszweigen kann natürlich nicht allein von einer Kleinfamilie bewältigt werden. 15 Personen arbeiten das ganze Jahr über auf dem Hof. Neun davon gehören zur Großfamilie. Im Sommer stoßen noch etwa vier Leute von außerhalb dazu. Jeder hat einen bestimmten Verantwortungsbereich. Roberto Cavaliere ist für die Betriebsleitung zuständig. Außerdem setzt er sich in der APL und auf europäischer Ebene im European Milk Board für höhere Milchpreise ein. In der Agrarvertretung COPAGRI ist er Vorsitzender der Milchkommission. Langeweile kommt da selten auf. Doch der Laden brummt und sichert vielen Menschen ein Auskommen.

Sonja Korpeter

Kühlende Ansichten vom Hof im Internet unter: www.cortefenilazzo.it

Kurzes am Rande

Milchautomaten für Direktvermarktung

Automaten, aus denen sich Verbraucher ihre Frischmilch selbst ziehen können, erfreuen sich in Italien großer Beliebtheit. Milchzeuger Lisioli aus der



Provinz Brescia hat dieses in verschiedenen Ausführungen existierende System erfunden. Er hat nach Möglichkeiten gesucht, seine Milch mit einer höheren Wertschöpfung zu vermarkten. Die auf

Stadt- und Dorfplätzen bzw. vor Supermärkten platzierten Automaten werden jeden Tag frisch mit Milch befüllt. Der Verbraucher kann entweder mit seiner eigenen Flasche kommen oder aber für 20 Cent eine Plastikflasche kaufen. Dann wirft er einen Euro ein, eine Glastür schiebt sich auf, ein Hahn erscheint, man hält die Flasche darunter und auf Knopfdruck fließt genau ein Liter Milch. Dann gleitet die Tür wieder zu, der Hahn fährt hoch. Nach drei, vier Entnahmen reinigt ein Wasserstrahl den von außen zugänglichen Bereich. Solch ein Automat kostet etwa 26.000 Euro. 100 Liter Milch werden durchschnittlich pro Tag verkauft. Eine schlichtere Variante von Automat enthält ein Karussell mit bereits gefüllten Flaschen pasteurisierter Milch. Im Laden kostet der Liter Frischmilch etwa 1,40 Euro. sk

Handel zahlt mehr für Milch

Aldi zahlt wieder mehr an die Molkereien für Trinkmilch und andere Milchbasisprodukte. Das berichtet die *Lebensmittelzeitung (LZ)*. Bei den diesjährigen Preisverhandlungen sei ein Plus von 1,5 bis 2 Ct/l Konsummilch erreicht worden. Der Aldi-Abschluss gilt als Pilotabschluss für die Branche. Die LZ sah die Trinkmilch-Molkereien gegenüber den Käseereien im Ringen um den Rohstoff Milch unter Druck, weil die Käseereien „wegen der boomenden Nachfrage von Erlösschmälerungen weitgehend verschont“ geblieben seien, während bei Trinkmilch der Handel in den letzten drei Jahren seine Einkaufskonditionen ständig verbessert und damit seine Spanne vergrößert habe. Die LZ rechnet angesichts der Abschlüsse damit, dass es in den Regalen der Handelsketten beim Standardpreis von 55 Cent je Liter Trinkmilch bleibt. Problemkind ist die Butter. Hier soll der Aldi-Abschluss um 1 Ct/Päckchen runtergegangen sein. Laut LZ liegt der Preis sogar noch unter dem EU-Interventionspreis. Für Blockbutter werde sogar noch weniger gezahlt. Allerdings reduzieren die Molkereien ihre Buttererzeugung langsam, während die deutschen Molkereien im letzten Jahr fünf Prozent mehr Käse erzeugt haben. Auch insgesamt haben die Molkereien im letzten Jahr nach Angaben des Milchindustrieverbandes eine Rekordmenge verarbeitet und auch vermarktet. uj

Nordmilch gründet AG

Die Vertreterversammlung der Nordmilch-Molkereigenossenschaft hat am 27. Juni mit 433 Ja- zu zwei Neinstimmen und zwei Enthaltungen für die Gründung einer Aktiengesellschaft (AG) gestimmt. Die Genossenschaft Nordmilch eG bleibt zunächst alleinige Inhaberin, aber bis zu 25 Prozent des Aktienvolumens sollen an „strategische Partner“ verkauft werden, was u.a. 50 Mio. Euro Eigenkapitalzufluss von außen bringen soll. Der Umsatz der Nordmilch eG ist 2005 um 2 Prozent (von 2,07 Mrd. auf 2,03 Mrd. Euro) gesunken, obwohl die verarbeitete Milchmenge um 7 Prozent von 4,1 Mrd. kg auf 4,4 Mrd. kg angewachsen ist. Die Wertschöpfung aus einem Liter Milch liegt damit bei 0,46 Euro/kg, und das, obwohl ein Viertel des Umsatzes mit Käse realisiert wird. Der Export macht etwa ein Drittel des Umsatzes aus. Der Milchauszahlungspreis lag 2005 laut Nordmilch bei 27,03 Ct/kg. uj

DBV-Spitze für Beenden der Quote

Die Spitze des Deutschen Bauernverbandes (DBV) hat auf dem kleinen DBV-Bauerntag in Magdeburg die Bundesregierung aufgefordert, ihre Haltung zum Fortbestand der europäischen Milchquote kurzfristig festzulegen. Dabei sprach sich der DBV-Vizepräsident Steensen gegen einen Fortbestand über das Quotenjahr 2014/2015 hinaus aus. Die EU solle bis 2008 eine klare Entscheidung treffen, forderte Steensen. pm

China: Bauernaktivist zusammengeschlagen

„Ich werde kämpfen bis zum Tod“, zitiert der *stern* den chinesischen Bauern und Umweltengagierten Fu Xiancai. Der 46-jährige Fu hatte sich in einem Interview mit der ARD kritisch zu den Folgen des Drei-Schluchten-Staudamms geäußert und war danach von bisher Unbekannten lebensgefährlich zusammengeschlagen worden. Nun liegt er, von den Schultern abwärts gelähmt, im Volkskrankenhaus I der Stadt Yichang. Wegen des Staudammprojektes haben 1,2 Millionen Menschen Land, Haus und Arbeit verloren. Die chinesische Regierung habe vor der Zwangsumsiedlung pro Person umgerechnet 5.700 Euro versprochen, ausbezahlt worden seien nur umgerechnet 700 Euro, so Fu. Nach dem ARD-Interview ist Fu vom örtlichen Polizeichef einbestellt worden. Der habe ihm gedroht: „Solche oppositionellen Aussagen werden keine guten Folgen für Sie und ihre Familie haben“. Auf dem Rückweg hat jemand Fu von hinten mit einem Stock ins Genick geschlagen und ihm mehrere Knochen gebrochen. Die Menschenrechtsorganisation Human-Rights-Watch hat ein Spendenkonto für Fu und seine Familie eröffnet: Kto.-Nr. 602929203, Commerzbank, BLZ 50040000, Stichwort „Fu Xiancai“. *pm*

Biogas macht Milchindustrie Sorgen

Die Molkereien sehen den anhalten Bau-Boom bei bäuerlichen Biogasanlagen sehr kritisch. Die Biogasanlagen konkurrierten mit der Milchherzeugung „um den Hektar Silomais“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Milchindustrie-Verbandes (MIV) Eberhard Hetzner. In Bayern, wo rund 3.000 Biogasanlagen stünden, werde die Milch bereits knapp, die Pachtpreise für die Flächen hätten sich deutlich erhöht. Was der MIV und Herr Hetzner davon halten, mit höheren Milchpreisen Bauern dazu zu bringen, weiter Milch und nicht (nur) Biogas zu erzeugen, ist bisher noch nicht bekannt. *uj*

Milch ist nicht gleich Milch

„Alpenmilch“ (Molkerei Weihestephan) oder die Bärenmarke-Milch wird stark aus Mais und Kraftfutter erzeugt, obwohl die Verbraucher mit dem Werbeargument „Alpen“ wohl eher Bergweiden und Grasfütterung der Kühe verbinden. Das ist ein Ergebnis einer Studie der Universität Kassel, die Milchprodukte aus Supermärkten untersucht hat. Untersucht wurde aber nicht nur die Futtergrundlage (Kohlenstoff-Isotopenanalyse), sondern auch der Gehalt an bestimmten Fettsäuren, die als gesundheitsfördernd gelten, insbesondere die Omega-3-Fettsäuren. Am besten schnitten hier die Ökomilch von Berchtesgaderer Land (Bayern), der Gläsernen Meierei Rostock, Breisgaumilch (Schwarzwald) und der Upländer Bauernmolkerei (Nordhessen) ab. Auf den hinteren Rängen landeten Milchprodukte der Molkereien Allgäuer Alpenmilch (Bärenmarke) und Campina (Elsterwerda). Milch aus konventioneller Landwirtschaft, die tatsächlich aus Grünlandregionen stammt, hat dagegen verhältnismäßig gute Werte, wie etwa Milch der Breisgaumilch oder der Allgäuer Käseerei Sonthofen. Die Studie wurde von Greenpeace in Auftrag gegeben und basiert auf einer Diplomarbeit. *uj*

Ballonaktion gegen Gentechnik

In Kooperation mit Umweltschutz-, Verbraucher- und Landwirtschaftsverbänden startet das Online-Netzwerk Campact im Juli eine Ballonaktion gegen Gentechnik. Jeder Mensch kann im Internet unter www.campact.de einen Ballon bestellen, der mit einer individuellen Protestpostkarte versehen wird. Die Ballons, die den Schriftzug „GENFOOD - NEIN DANKE“ bilden sollen, werden in Berlin gestartet, sobald das neue Gentechnikgesetz in den Bundestag eingebracht wird. Der Protest richtet sich vor allem gegen die geplante Verwässerung der Haftungsregelung, die einen Schadensfall offenbar nur noch ab einer Verunreinigung von 0,9 % anerkennen will und so der gentechnischen Kontamination Tür und Tor öffnen würde. Ab 10. Juli sind die Protestballons zu bestellen: www.campact.de *a/*

Masterstudiengang Regionalentwicklung

Für Interessierte mit Studienabschlüssen im Bereich Landschaftsplanung, -pflege, Landschaftsökologie, Umwelt- und Raumplanung, Land- und Forstwirtschaft, Geographie oder ähnlichen, bietet die Fachhochschule Eberswalde ab dem Wintersemester 2006/2007 den Masterstudiengang „Regionalentwicklung und Naturschutz“ (RuN) an. Nähere Informationen zur Studien- und Prüfungsordnung, zu den Zulassungsvoraussetzungen, zum Dozententeam und dem Aufbau des viersemestrigen Studiengangs unter www.fh-eberswalde.de. *hl*

Kurzes am Rande

Widerspruch gegen CMA-Abgabe

Klagen gegen Absatzfondsgesetz machen Schule

Das Beispiel der drei Kläger, deren Klage gegen die Abgaben zum Absatzfonds vom Verwaltungsgericht Köln an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet worden ist (siehe Bauernstimme 6/06, S. 7), scheint Schule zu machen. Sogar das Magazin *top agrar* hat allen Unternehmen, die Abgaben zahlen, den Hinweis gegeben, dass auch sie ihre Abgaben zurückbekommen könnten, wenn das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Absatzfondsgesetzes verneint und damit zu

Fall bringen sollte. Voraussetzung dafür, dass die Unternehmen Abgaben zurückfordern können, sei aber, dass sie jetzt schon Widerspruch oder gar Klage gegen die Abgaben einlegen, z.B. mit Verweis auf das offene Verfahren. Eine aufschiebende Wirkung habe Widerspruch oder Klage aber nicht, d.h. gezahlt werden muss erst mal. Dennoch werden sich etliche Unternehmen ausrechnen, was sie an Abgaben zahlen und was davon über die Werbung der CMA an sie als Leistung zurückkommt.

Die Abgaben werden von Unternehmen der Ernährungswirtschaft an den Absatzfonds gezahlt, der daraus u.a. einen wesentlichen Teil des Haushalts der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) finanziert. Die zahlenden Unternehmen holen sich das Geld von den Bauern wieder.

Geklagt hatten drei Unternehmen: der Breisgauer Geflügelzüchter Georg Heitlinger, eine Geflügelschlachtereie und eine Mühle. Gegenüber der *tageszeitung taz* rechnete Geflügelzüchter Heitlinger vor: Für jedes verkaufte Ei muss er 0,03 Cent an den Absatzfonds zahlen. Bei 40.000 Legehennen mache das bis zu 3.500 Euro pro Jahr aus. (Az. 13 K 2233/05)



Wieder so ein schönes Bild von der CMA als Beitrag zur Bewerbung des QS-Zeichens.

Wie wichtig doch Stroh sein kann. Foto: CMA

uj

Internationale Gärten zum Wurzelschlagen

Treffpunkt Garten fördert Integration und Völkerverständigung

Als die kurdische Immigrantin Najeha Abid vor 15 Jahren ihrem politisch verfolgten Mann nach Göttingen folgte, da hatte sie keinen, mit dem sie ihre Sorgen teilen konnte. Wenn sie heute schlechte Nachrichten aus der Heimat erhält, dann kann sie in ihren Garten gehen und weinen. Wenn sie dort auf ihren 40 Quadratmetern gräbt, ist sie selten allein. Sie trifft dort zum Beispiel Frau Alidusti oder den chinesischen Ingenieur auf seinem Beet nebenan. Die Tochter der marokkanischen Familie spielt mit ihren Freunden auf der Wiese, und samstags kommt das alte bosnische Ehepaar.

Vor elf Jahren wurde dieser multikulturelle Garten gegründet, nachdem die betreuenden Sozialarbeiterinnen die Flüchtlingsfrauen gefragt hatten, was sie denn am meisten vermissen würden. „Unsere Gärten“, lautete die einhellige Antwort. So entstanden die Internationalen Gärten mit mittlerweile 280 Menschen aus 20 Nationen, mittlerweile mit vielen Sozialpreisen gewürdigt, darunter dem Integrationspreis des Bundespräsidenten.

Einerseits dienen die Gärten der Selbstversorgung, vor allem aber sind sie ein Treff-

punkt. Vor allem für muslimische Frauen, die außerhalb ihrer Familie kaum Kontakte hatten. Auch Susanne Dyczmans, die bisher einzige Deutsche im Garten, profitiert davon, dass man Ernteüberschüsse untereinander austauscht: exotisch wirkende schwarze Bohnen, die persische Kresse aus Frau Abids Beet. Frau Abid hat sich auch eine persische Basilikum-Sorte aus der Heimat schicken lassen, denn „deutsches Basilikum schmeckt eher wie Medizin“.

Natürlich hat die Völkerverständigung auch Grenzen: Bisher sind z. B. keine russischen Spätaussiedler dabei, auch serbische Familien wollen nicht mitmachen, solange Bosnier dabei sind. Trotzdem: Frau Abid ist mittlerweile eine Art Botschafterin geworden und gibt auf Kongressen ihr Wissen an andere Initiativen weiter, 15 davon gibt es bereits in Deutschland.

Wurzeln schlagen in der Fremde heißt das Motto, dem noch viele weitere Initiativen folgen sollten ... *pm*

nach dem Artikel „Heimaterde und Mischkultur“ von Marijke Engel in der Zeitschrift *StadtAnsichten*

Spaß eines „Konventionellen“ am Spritzen

Im Mai lacht konventionellen Bauern das Herz, denn da geht es mit Pflanzenschutz so richtig „in die Vollen“. Letztens wurde ich wieder ordentlich beim Rübenspritzen gefordert, denn schon die Wahl der Spritzmittel bereitete große Freude. Von Rebell, Debut, Goltix, Kontakt, Expert über Trammat usw. steht eine ganze Palette zur Auswahl bereit.

Doch die Zusammenstellung des richtigen Mix erfordert schon eine Gehörigkeit an Intelligenz, denn Spritzen soll ich laut Rundschreiben des „Integrierten Pflanzenschutzes“ 0,8 l Expert, 1,5 l Goltix und 0,5 l Öl je Hektar.

Nun sind Wirkstoffe dieser Mittel in verschiedensten Varianten unterschiedlicher Chemiekonzerne vorhanden, werde mich deshalb an besagten Einzelwirkstoffen orientieren.

Da mir das mit drei Wirkstoffen versehene Expert Suspensionskonzentrat nicht zur Verfügung steht, habe ich mich für die Variante mit 160 g Phenmedipham, 200 g Ethofumesat, 1050 g Metamitron und 0,5 l Öl je Hektar entschieden.

Welch spannendes Rechenexempel jetzt beginnt: In Kontakt S C sind 320 g Phenmedipham und im „Power“ das Doppelte, während Goltix nur 700 g Metamitron je Liter besagten Wirkstoffes beinhaltet. Im Super versteckt ist aber das wichtige Ethofumesat in halber Konzentration des bekannten Trammat 500.

Nach langem Hin und Her habe ich rückschrittlicher Landwirt trotzdem – dank Taschenrechner – die richtige Kombination erstellt. Computergesteuerte Agronomen würden – ach wie langweilig – zweimal auf die Laptopastatur tippen und ausdrucken lassen.

Ganz wichtig jetzt allerdings der Blick auf die Etiketten, denn während Ethofumesat nur ein „N“ für „Umweltverträglichkeit“ hat, ist das Phenmedipham auch mit „Xi“ für „reizend“ und mit „Xn“ für „gesundheitsschädlich“ versehen. Von allem, was sonst noch so auf der Verpackung steht, ganz zu schweigen, aber auf Beipackzetteln von Arzneimitteln stehen ja auch belanglose Warnungen und Mensch schluckt Arznei begierig runter.

Mich richtigen konventionellen Bauern kann ohnehin nichts umhauen, denn ich trage ja Schutzhandschuhe, eine Schutzbrille, eine Kopfbedeckung und ähne dann mit dem Schutzanzug versehen, zum allgemeinen Erstaunen meiner Mitmenschen, eher einem Wesen von einem anderen Stern.

Wer denkt, jetzt könnte es losgehen, hat sich getäuscht, denn an jedem Kanister klebt jeweils ein anderes, natürlich un-

ter Folie platziertes, 12- bis 15-seitiges Faltblatt mit Hinweisen zu: Wirkungsweise, Wirkungsspektrum, Kulturverträglichkeit, Anwendungszeitpunkt, Anzahl Anwendungen, Wartezeiten, Spritztechnik, Spritzenreinigung, Anwenderschutz, Lagerung und Entsorgung und „Besondere Hinweise“. Nicht zu vergessen auch die verschiedensten Abstandsauflagen zu Oberflächengewässern und Saumbiotopen.

Habe ich überhaupt die passende Düse gewählt? XR, LU, AD und DG sind lange überholt, und für verschiedene Mittel reichen auch Airmix 025 oder ID mit 50 Prozent Abdriftminderung nicht mehr aus.

Endlich auf dem Acker fröhlich spritzend, frage ich mich, ob ich nicht vielleicht doch einen Wirkstoff vergessen habe? Vielleicht etwa das Öl, welches zuletzt zugesetzt werden sollte? Und wenn schon, so schlimm kann das nicht sein, denn ich nehme mittlerweile natürliches Rapsöl, welches wohl wegen seiner Ungiftigkeit sowieso keine große Wirkung haben dürfte.

Dankbar an unsere Bürokraten denkend und im modernen Kabinenschlepper mit High-tech-Computer hochzufrieden über den doch langweiligen Job von Biobauern schmunzelnd, sinniere ich vor mich hin und kann Inges Vorschlag, ob es nicht manchmal sinnvoller wäre,

nisterien und Verwaltungen, Politikern verschiedener Farben oder allen zusammen, steht nicht auf den Etiketten und Beipackzetteln. Das steht auch nicht auf den Formularen, die ich sonst alle ausfüllen oder beachten muss, ob im Stall, auf dem Feld oder beim Beantragen von Direktzahlungen. Wahrscheinlich würde ein Millionenheer von Bürokraten arbeitslos, wenn das alles wegfiel.

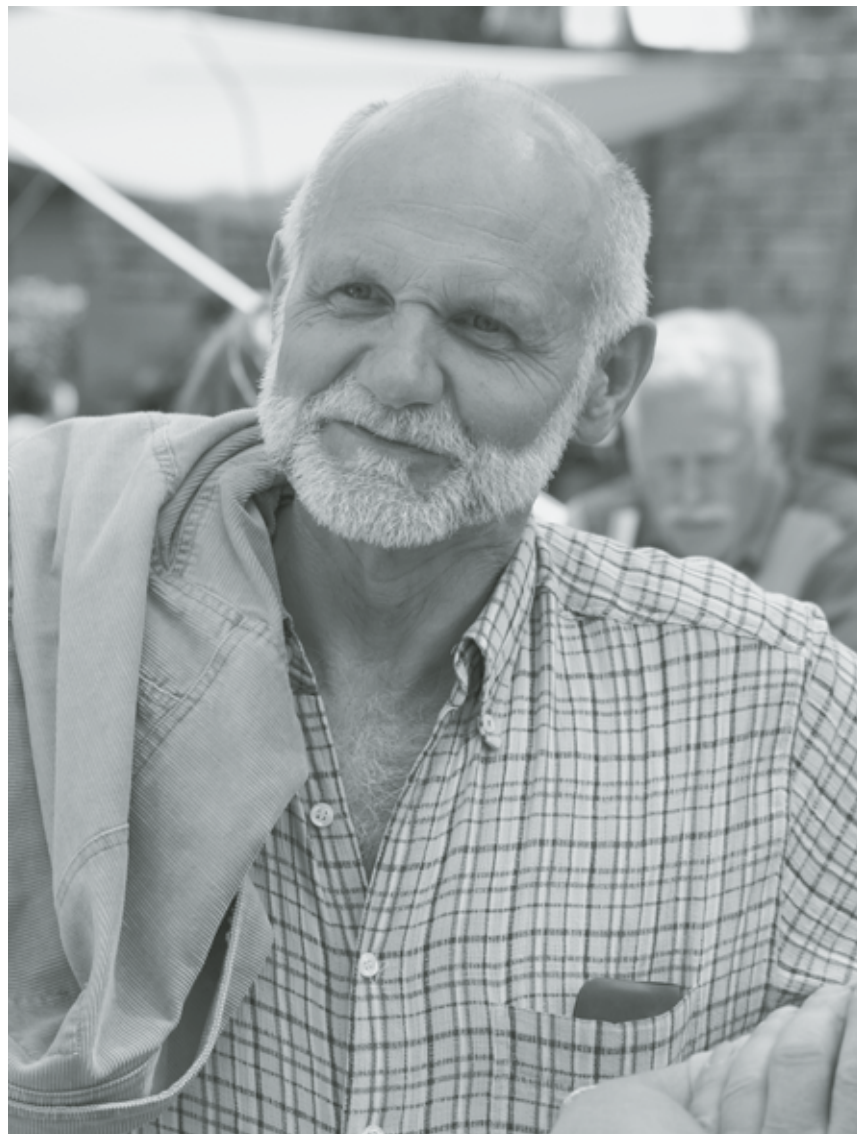
In gewisse Erregung geratend, baut sich mir Druck in der Blase auf und ich halte in bäuerlich traditioneller Manier am Vorgewende an, um diese zu entleeren. Erschrocken umdrehend, hoffe ich, dass mich hier keiner beim Giftablassen beobachtet, denn für diese Ungeniertheit wird man bestimmt auch demnächst Kontrolleure auf Bauern ansetzen, weil das Runterspülen einer Tasse Urin mit 10 l wertvollem Trinkwasser und anschließendem ausgiebigen Gewasche der Hände bestimmt viel umweltverträglicher ist.

Verlegen um mich blickend, schwinde ich mich wieder in die Kabine und denke mit Wehmut daran, dass wir unsere zweite Einnahmequelle, die geliebte Sauenhaltung, demnächst aufgeben werden, denn der durch Schweinehaltung bedingte bürokratische Aufwand (siehe QS und sonstigen bürokratischen Unsinn) ist bedauerlicherweise von Inge und mir nun doch nicht mehr zu bewältigen.

Für heute habe ich vom Rübenspritzen genug berichtet; Pflanzenschutz und gesetzlicher Regelungswahn zu anderen Feldfrüchten würde den Umfang unserer *Bauernstimme* sprengen.

Ein anderes Mal erzähle ich vom Antrags-Ärger und Prämienrecht, hierfür haben sich findige Menschen noch viel mehr Mühe gegeben.

Siegfried Herbst



Für das heutige Feld muss es eben schon die IDN O25 Düse sein, die es mit 5 bar auf 50 Prozent Abdriftminderung bringt und am Feldrand mit 2 bar sogar auf 90 Prozent!

Beim Ansetzen der Brühe gesellt sich zu allem Überfluss auch noch mein Nachbar hinzu, den ich in Anbetracht absoluter Konzentration keines Blickes würdige. Sich verstohlen fragend, ob ich wohl etwas gegen ihn habe, schleicht er sich wieder davon.

einfach die Hacke zu nehmen, überhaupt nicht nachvollziehen! Denn, was hätte dies für fatale Folgen für unsere Bürokratie und für die Chemiekonzerne?

Allein die Tatsache, dass ich keine Beipackzettel und sonstigen Reglementierungskram mehr studieren bräuchte, machte Dreiviertel meiner Arbeitszeit überflüssig. Wem ich diese Arbeit zu verdanken habe, ob Mitarbeitern der Chemiekonzerne, Mitarbeitern der Mi-

Betriebsspiegel

110 ha Ackerbau (Zuckerrüben, Raps, Weizen, Gerste, Hafer)
23 Sauen auf Stroh, werden demnächst aufgegeben
Der Betrieb liegt in Südniedersachsen, 15 km südöstlich von Göttingen.
Er wird von Siegfried und Inge Herbst bewirtschaftet.

Dänen suchen Bio-Schweine

Die dänische Aktiengesellschaft Friland will aufgrund der gegenwärtig hohen Nachfrage nach Bio-Schweinefleisch ihre Produktion stark ausweiten. Laut ZMP plant das Unternehmen, das zum Danish Crown-Konzern gehört, die Zahl der Schlachtungen von Bio-Schweinen von rund 38.000 im Jahr 2005 bis zum Jahr 2007 auf rund 60.000 zu erhöhen. Nach eigenen Angaben des Unternehmens ist es mit einer jährlichen Absatzmenge von 2.500 Tonnen Bio-Schweinefleisch der größte Bio-Vermarkter in Europa. 60 Prozent wurden 2005 exportiert; davon 78 Prozent nach Großbritannien, 6,5 Prozent nach Deutschland. Das Unternehmen sucht nun umstellungswillige Landwirte. *pm*

Biofleischbetrieb vor Toren Berlins

In Mecklenburg-Vorpommern, und damit vor den Toren Berlins, entsteht derzeit ein neuer Schlacht- und Zerlegebetrieb für Biofleisch. Wie für gewöhnlich gut unterrichtete Kreise berichten, ist auch das Unternehmen Thönes beteiligt, das seinen Stammsitz mit Schlachthof in Wachtendonk (zwischen Duisburg und niederländischer Grenze) hat. Thönes hat mit „Thönes Natur“ eine eigene Marke etabliert und arbeitet auch mit EU-zertifizierten Biobetrieben, die nicht Mitglied in einem Anbauverband sind. *uj*

Energie hat Stallbauten überholt

Im Jahr 2005 sollen die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland mehr als 3 Mrd. Euro in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, vor allem in Biogasanlagen, investiert haben. Das sagte Norbert Schindler, CDU-Bundestagsabgeordneter und DBV-Vizepräsident, auf der Agrarfinanztagung in der Berlin. Damit wäre dann rund die Hälfte aller Investitionen der landwirtschaftlichen Betriebe im Bereich erneuerbare Energien getätigt worden. *uj*

Gegen Biogas aus Gen-Pflanzen

Mit dem geplanten Anbau von transgenem Mais für Biokraftwerke würde der heftig umstrittenen Gentechnik das Einfallstor in die Landwirtschaft geöffnet, sagte Guido Nischwitz, Experte für Regionalentwicklung an der Universität Bremen, auf einer Fachtagung des Bundesamts für Naturschutz (BfN) auf der Ostsee-Insel Vilm. Die breite Ablehnung gentechnisch veränderter Lebensmittel führt dazu, dass Gen-Pflanzen allenfalls als Tierfutter Verwendung finden. Schon länger werben die Gentechnikbefürworter daher für den Einsatz von Genpflanzen bei der Produktion nachwachsender Rohstoffe. Die Forscher der Fachtagung machten deutlich, dass auch im Fall der Verwendung als nachwachsender Rohstoff das Risiko der Auskreuzung und Verschleppung bestehen bleibe. Diese Auffassung teilen offenbar auch einige Gentechnikunternehmen. So hat z. B. Syngenta in einem Zulassungsverfahren für einen Energiemais die Zulassung als Futter- und als Lebensmittel gleich mit beantragt, da nach Aussage des Unternehmens eine Kontamination nicht 100-prozentig auszuschließen sei. *mn*

Fleischwirtschaft kalkuliert vorwärts

Die Fleischindustrie sieht offenbar derzeit keine Chance, die Erzeugerpreise für Schweine spürbar nach unten zu drücken. Seit Anfang des Jahres sei der Notierungspreis für Schweinehälften um über 20 Prozent gestiegen, teilte der Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie mit. Nach seiner Einschätzung wird das knappe Angebot weiter anhalten. Kurzfristig sei deshalb mit einer erheblichen Steigerung der Industrieabgabepreise zu rechnen. *uj*

Mehr Rinder geschlachtet

In Deutschland sind in den ersten fünf Monaten 2006 mit gut 988.000 Tieren acht Prozent mehr Rinder geschlachtet worden als im Vergleichszeitraum 2005. Selbst im ersten Quartal 2006 lag die Zahl um rund zwölf Prozent über der Vorjahreslinie, wie die ZMP mitteilt. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass 2005 aufgrund der Entkopplung der Rinderprämie ab März deutlich weniger Tiere geschlachtet worden waren. Erfreulich ist, dass die Rinderpreise bisher mitgewachsen sind. *uj*

Kurzes am Rande

Die Öko-Pioniere haben ihre Schuldigkeit getan

Werden die Ideale des Ökolandbaus zugunsten von schnellem Profit und politischen Zahlenspielen verramscht?

Wenn die „Rezepte“ und Märkte entwickelt sind, kommt die Zeit der „Profis“, die Kosten „optimieren“ und Gewinne „maximieren“ können.

Billig produzieren und rationell vermarkten; das sind nicht die Stärken der bäuerlichen Biobetriebe, der handwerklichen Verarbeitungsbetriebe und der selbstständigen Naturkostläden.

Und die vielgerühmte „Prozessqualität“, für die insbesondere die großen Bioverbände stehen, wird im Kampf um die Kostenführerschaft in den stark wachsenden und umkämpften Massenmärkten zwar gern mitgenommen, aber nicht (ausreichend) honoriert. Hier zählt der EU-Bio Standard, ausgedrückt durch das inzwischen weit verbreitete und bekannte „Künnast“-Biosiegel.

Das bekommen inzwischen auch die Demeter-Bauern zu spüren. Es wird immer deutlicher erkennbar: Die Integration des Biomarktes in die „normalen“ Strukturen des Marktes hat trotz deutlichem Volumenwachstum in der „Bio-Szene“ mehr Verlierer als Gewinner.

Marktkenner haben bereits vor Jahren vorhergesagt: Bei zwei Prozent Marktanteil (am gesamten Lebensmittelmarkt) steigen die Supermärkte ein. Bei drei Prozent die Discounter. Und bei fünf Prozent werden die Discounter voraussichtlich 50 % Marktanteil haben.

Politik sieht nur die Fläche

Und wenn es den Politikern beim Thema Biomarktausweitung weiterhin in erster Linie nur um Ökoflächen auf der einen Seite und preiswerte Bioprodukte auf der anderen Seite geht, dann werden wir uns in wenigen Jahren wundern, mit wie wenig Arbeitskräften (in Deutschland) man 20% Bioanteil in den Regalen der Lebensmittelhandelskonzerne realisieren kann.

Die Pioniere des Biolandbaus haben ihre Schuldigkeit getan.

Sie haben auf der geistigen Ebene die Motive, Argumente, Ideen für „neue“ Produkte und Märkte geliefert, sie haben die Produktionsverfahren und die „Spielregeln“ geschaffen. Und sie haben für ausreichende Marktpotentiale gesorgt. Diese Entwicklung ist keinesfalls nur das „schicksalhafte“ Ergebnis des Markterfolges.

Soziale Aspekte vernachlässigt

Die soziale Dimension, d. h. die Sicherung von Arbeit und Einkommen auf bäuerlich strukturierten Höfen – für die Pioniere des Ökolandbaus eine wesentliche Triebfeder für ihre Bemühungen in Theorie und Praxis – ist in den letzten Jahren in der Profil-

bildung des Ökolandbaus massiv vernachlässigt worden.

Umwelt- und Qualitätsargumente (im stofflichen Sinn) wurden stattdessen einseitig in den Vordergrund gerückt, staatlich verordnet auf die Merkmale der EU-Bio-Verordnung reduziert und mit dem Biosiegel für die etablierten Strukturen der Nahrungsmittelindustrie und der konventionellen Handelskonzerne marktfähig gemacht.

Die staatliche Förderpolitik, die auf dieser ideologischen Grundlage nur die Fläche als Bemessungsgrundlage für ökologische Leistungen kennt, verstärkt nun zusätzlich die Marktmechanismen und trägt dazu bei,



dass vielfältig wirtschaftende, bäuerliche Betriebe im Vergleich zu großflächig wirtschaftenden Betrieben massiv im Wettbewerbsnachteil sind.

Im Zeitalter von Massenarbeitslosigkeit und leeren Staatskassen sollten endlich auch in der agrarpolitischen Debatte um die Verteilung von Staatsgeld soziale Aspekte die Bedeutung erhalten, die für die Gründerväter des Ökolandbaus selbstverständlich waren.

Staatliche Prämienzahlungen müssen in Zukunft auch daran gemessen werden, ob sie sinnstiftende Arbeitsplätze schaffen oder erhalten.

Es kann nicht länger angehen, dass über Flächenprämien hochrationalisierter Großgrundbesitz mit üppigen staatlichen Prämien (pro Arbeitskraft) honoriert wird, während vielfältig wirtschaftende kleinere und mittlere Betriebe zwischen Marktmechanismen und bürokratischen Auflagen zerrieben werden.

Dietmar Groß, Biobeauftragter der AbL, studierte Landwirtschaft und Landschaftsplanung, bewirtschaftet seit über 20 Jahren einen eigenen Bioland-Betrieb mit Direktvermarktung und Gemüsebau. Er ist u. a. Gründungsmitglied der ABL und arbeitet seit drei Jahren leitend im Forschungsprojekt „Regionale Schulverpflegung“

Bio im Discounter

Nur ein weiterer Markt oder der Beginn eines grundlegenden Strukturwandels?

ALDI informiert“ und wirbt. Ganzseitig und bunt für die neue Marke Prima-Bio. Das Angebot ist überschaubar. Wem Müsli zum Frühstück, Mittags Spagetti und Abends ein Käsebrötchen genügen, der kann seine Ernährung auf 100 Prozent Bio umstellen, ohne auf das Einkaufserlebnis beim Marktführer verzichten zu müssen.

Schon im Jahr 2002, mitten in einer „Geiz ist geil“ Kampagne, stieg der Discounter PLUS mit dem Motto „Wir machen Bio bezahlbar“ in die Vermarktung von Bio-Produkten ein.

Inzwischen ist Bio beim Discounter nichts Ungewöhnliches mehr. Betrachtet man die Umsatzzahlen im Biobereich, so haben die Discounter mit einem Zuwachs von 64 Prozent (ohne Aldi) mit Abstand die größten Zuwächse. Aus Sicht von Aldi, Lidl und Co scheint die Rechnung aufzugehen. Mit der Einführung qualitativ hochwertiger Bio-Produkte ist es ihnen gelungen, Produkte zu etablieren, mit denen sie wieder Geld verdienen können. Der extreme Wettbewerb und das andauernde Bestreben, Konkurrenten durch günstigerer Angebote zu unterbieten, hatte dazu geführt, dass die Gewinnspanne der Unternehmen bei konventionellen Produkten immer dünner geworden war. Das Interesse der Discounter an den Bio-Produkten ist demnach vor allem von ökonomischen Interessen geprägt. Die bei den Discountern angebotenen Qualitäten unterscheiden sich denn auch deutlich von denen des Biofachhandels. Wichtig ist, dass Bio drauf steht. Dies führt dazu, dass vor allem EU-Bio-Ware angeboten wird. Einer der Hauptunterschiede ist, dass es nach den EU-Bio-Richtlinien zulässig ist, nur Teile eines Betriebes umzustellen. Auf dem gleichen Betrieb kann somit ökologisch und konventionell gewirtschaftet werden.

Die in Lüneburg ansässige De-Vau-Ge (Deutscher Verein für Gesundheitspflege) produziert in ihrem Gesundheitswerk für Aldi. Neben konventionellen Produkten werden neuerdings auch die unter der Eigenmarke „Prima Bio“ angebotenen Produkte von der De-Vau-Ge produziert. Der Anteil der Bio-Produktion liegt unter 10 Prozent.

Teilumstellungen mit Mischfinanzierung

In einer ähnlichen Größenordnung bewegt sich der Anteil der Biosparte bei dem Ge-

müsefabrikanten Behr AG. Auf 4.500 Hektar und mit einem Jahresumsatz von 120 Millionen Euro baut der in Ohlendorf bei Hamburg ansässige Konzern Gemüse an. Beliefert werden REWE, Metro, Edeka und Walmart. Aber auch Discounter wie Netto, Lidl und Aldi beziehen Gemüse von der Behr AG. Die Entscheidung, in begrenztem Umfang Biogemüse zu produzieren, soll maßgeblich von der Abnehmerseite mitbestimmt worden sein. Denn – wie Rudolf Behr im kleinen Rahmen anmerkt – das Geschäft mit den Bioprodukten sei nicht rentabel und nur durch eine Mischfinanzierung zu verwirklichen.

Genau hier aber liegt das Problem für alle anderen Biobetriebe. Die Preise, die sie für

ihrer Produkte, insbesondere wenn sie mit einem Biosiegel versehen sind, von dem Bild, welches der Verbraucher von dem „Leben auf dem Biohof“ im Kopf hat.

Zunehmende Importe

Neben dem Einstieg von Großbetrieben in den Biomarkt ist in den letzten Jahren ein kontinuierlicher Anstieg von Importen festzustellen. Der Selbstversorgungsgrad geht mehr und mehr zurück. In Deutschland betrug der Zuwachs der Anbaufläche im vergangenen Jahr 5,2 Prozent, während der Marktumsatz um ca. 8 Prozent stieg. In Frankreich, Dänemark und Großbritannien ist die biologisch bewirtschaftete Fläche trotz steigender Absätze sogar rückläufig.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist neben der zurückgehenden Förderung des ökologischen Landbaus vor allem der steigende Preisdruck und die Konkurrenz durch Importe aus Ländern mit besseren klimatischen Bedingungen, niedrigeren Löhnen und niedrigeren Qualitätsstandards. Da die Ware vor allem im Discounter austauschbar ist, greifen die klassischen Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage nicht. Für den Verbraucher ist die Herkunft ein zentrales Kaufkriterium, aber sie ist den Produkten nicht direkt anzusehen. Finanziell spielt der Transport eine untergeordnete Rolle. Vor allem neue Initiativen versuchen, über das Herausstellen regionaler Bezüge an Profil zu gewinnen, also unterscheidbar zu werden. Aber auch die Biosiegel der Anbauverbände müssen ihr Profil schärfen, sagt der Geschäftsführer der Naturland Marktgesellschaft Große Lochtmann. „Es gilt die Verbandsware gegenüber EU-Bio abzugrenzen.“

Bleibt abzuwarten, ob es gelingt, in den kommenden Jahren verschiedene Bio-Standards zu etablieren. Von entscheidender Bedeutung könnte dabei sein, ob es den betroffenen Verbänden und Initiativen gelingt, ihre Kräfte zu bündeln und eine starke Marke als Alternative zu Bio im Discounter zu etablieren.

mm



Aldi wirbt für Bio

ihre Biogemüse-Produkte bekommen, orientieren sich an denen der Behr AG. Neben den Kosten sind es vor allem die Produktionsbedingungen, die bei einer derartigen Bewirtschaftung weit von den Ansprüchen der ökologischen Landwirtschaft entfernt sind.

Werben mit Idylle „Ökohof“

Den Marketingabteilungen der Discounter scheint dieser Widerspruch bewusst zu sein. In der Bewerbung der Bioprodukte nutzt man das Bild vom romantischen Bauernhofleben und nicht vom rationalen Großbetrieb. Spätestens an dieser Stelle sind neben den ökologischen auch alle anderen bäuerlichen Betriebe betroffen. Denn die Agrarunternehmen sind durch ihre rationalisierte, auf soziale und ökologische Standards verzichtende Wirtschaftsweise für den steigenden Preisdruck mitverantwortlich. Dabei profitieren sie bei der Vermarktung

Bio in Szene setzen

Biobauern, Vereine, Händler oder Erzeugergemeinschaften können für Aktionen zur Absatzförderung und Information im Ökolandbau Fördergelder vom Bundesministerium erhalten. Das Projektgesamtvolumen muss mindestens 50.000 Euro (kann über mehrere Jahre verteilt werden) betragen und kann bis zur Hälfte der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben gefördert werden (siehe www.bundesprogramm.de/bekanntm_richtlinie_verbraucherinfo.html). Die Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) bietet an, bereits in einem frühen Stadium der Planung mit Interessenten telefonisch oder per E-Mail abzuklären, ob eine Projektidee grundsätzlich förderfähig ist. Projekte, mit denen bereits vor der Bewilligung begonnen wurde, können nicht gefördert werden. Ausgaben für Stammpersonal, für verkostete Produkte oder für bereits vorhandenes Material werden nicht bezuschusst. Kontakt: Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau, Tel.: 0228-6845-3280, www.bundesprogramm.de

30 Jahre Bauernstimme

Gelebter Widerstand, erfolgreiche Selbsthilfe:
Das Programm zum Jubiläum führte ins Wendland

Ein Grund zum Feiern, und es wurde gefeiert – in dem Rundlingsdorf namens Jameln, Mitten im Wendland, auf dem Hof von Elli und Adi Lambke. Fleißige Hände hatten im Vorfeld viel geplant und organisiert. Zelte waren aufgebaut, mehrere Theken entstanden. In der ehemaligen Scheune dokumentierten Bilder die lebhafteste Vergangenheit



Elli und Adi Lambke

des bäuerlichen Widerstand. So manch Einer wurde an lange zurückliegende Aktionen gegen Milchpreisdumping, Castortransporte und Gentechnik erinnert.

Auf der Bühne standen die Plätze für die Festredner bereit. Als um 10.00 Uhr die ersten Bäuerinnen und Bauern kamen, zeigte sich das Wendland von seiner allerbesten Seite: Sonnenschein und blauer Himmel. Der Hof füllte sich und Viele waren dankbar für einen Kaffee und ein Stück Kuchen nach der teilweise langen Anfahrt. Manch Einer war schon um drei Uhr Nachts gestartet, um pünktlich da zu sein.

Für den Vormittag stand die Agrarpolitische Kundgebung auf dem Programm. Ein Highlight war der Vortrag des ehemaligen EU-Agrarkommissars Dr. Franz Fischler (siehe nebenstehenden Artikel). Beim anschließenden Mittagessen konnte man sich mit Bratwürstchen, Salat sowie dem einen oder anderen Bier stärken und bei der anschließenden Tasse Kaffee alte Kontakte pflegen und neue knüpfen.

Der Nachmittag bot die Möglichkeit zu Besichtigungen. Drei Alternativen standen zur Auswahl: der Milchbetrieb „Storchenmilch“, der NEULAND-Schweinebetrieb der Familie Gerstenmeyer und die Biogasanlage der örtlichen Raiffeisen-Genossenschaft mit der bundesweit ersten Biogastankstelle.

Natürlich waren rechtzeitig zum Anpfiff Deutschland-Argentinien alle wieder zurück. Auf der Bühne war eine Groß-Leinwand entstanden, denn das Spiel der Kicker wollten die Meisten nicht versäumen. Das ging ja auch noch mal gut.

Während der Großteil noch gespannt das Elfmeterschießen verfolgte, nutzten Andere die Ruhe am Büffet. Nach dem üppigen Abendmahl, das von der Küchencrew im ehemaligen Kuhstall gezaubert worden war, übernahmen Frank

Baumann und Matthias Stührowldt das Kommando auf der Bühne. Mal mit holsteinischem, mal mit ostwestfälischem Witz und Humor ging es durch den Abend. Immer wieder kamen Blattmacher, Begleiter und Weggefährten der Bauernstimme zu Wort, um zu erzählen, wie es anfang, wo es hakte und trotzdem weiterging.



Mit Musik, Bier und Wein nahm der Abend seinen Lauf und so Mancher kam nach langen Gesprächen erst in der Morgendämmerung in seinem Hotel an. Erfreulicher Weise hatten sich Viele auch am Samstag noch Zeit genommen, um mit zum Zwischenlager und zum geplanten Endlager in Gorleben zu fahren. Bauern der Bäuerlichen Notgemeinschaft erzählten von ihrem Kampf gegen ein atomares Endlager, von dem schon lange bekannt ist, dass es die Ansprüche für eine Lagerung für eine Zeit von einer Million Jahre nicht im Geringsten erfüllt. An einem ruhigen, sonnigen Tag kaum vorstellbar, dass im November wieder Zehntausende Polizisten aus der ganzen Republik das

Wendland stürmen werden, um den Transport der Castoren gegen den Willen der Bevölkerung zu ermöglichen. Die abschließende Fahrt auf der Elbe

bot nochmals Gelegenheit für Gespräche, aber auch zum Ausruhen und Sonnenbaden, bevor sich Alle wieder auf den Heimweg begaben. In zehn Jahren wird die Bauernstimme 40.

Marcus Nürnberger





Die Vielfalt bestimmt das Bild

Festvortrag von Dr. Franz Fischler und eine Menge Grußworte

Um der Bauernstimme und der AbL zu ihrem Jubiläum zu gratulieren, kamen sie aus nah und fern. So, wie Horst Seide aus der Region Wendland die Entwicklung im Kreis Lüchow-Danzenberg beschrieb, war der Ort des Festes gut gewählt. Denn hier, wo früher Zonenrandgebiet war, hat sich durch die Arbeit der Menschen vieles verändert. Mittlerweile arbeiten 10 Prozent der Schweinebetriebe nach NEULAND-Richtlinien, wirtschaften 12 Prozent der Betriebe ökologisch, ist eine Dachmarke für Ökoprodukte der Region entwickelt worden und sind im Rahmen von Regionen aktiv viele weitere Projekte angeschoben, etwa im Bereich erneuerbare Energien. „Energie ist hier ein großes Thema.“

Der Pastor Gottfried Mahlke erinnerte sich, wie er als Zugezogener im Wendland über die Debatten um die Atom-

kraft politisiert worden ist. „Wer weiß denn, woher der Krebs kommt? Aber wer ihn hat, hat nicht mehr die Kraft, gegen mögliche Ursachen zu kämpfen“, motivierte er zum Handeln.

Henriette Mackensen vom Deutschen Tierschutzbund erinnerte an die langjährige Bündnisarbeit mit der AbL, insbesondere an das gemeinsame Kind, das NEULAND-Programm zur artgerechten und umweltschonenden Landwirtschaft. Sehr unterhaltsam schilderte Reinhild Benning vom BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz), welche Reaktionen sie bei ihrem Bruder auf dem elterlichen Betrieb und bei ihrer Tante hervorrief, als sie ihnen ein Jahresabonnement der Bauernstimme schenkte. Nach anfänglicher Skepsis gehört das Blatt heute zum Standard...

Nach den Grußworten beschrieb der ehemalige EU-Agrarkommissar Dr.

Fischler, wie er die Entwicklungen in der Landwirtschaft wahrnimmt und einschätzt. Zunächst skizzierte er zwei gegensätzliche Charakterisierungen, denen Landwirtschaft heute zugeordnet werde. Während unter dem Stichwort „Farming“ der Erzeugung von Lebensmitteln keine Sonderrolle als Wirtschaftsbereich zugesprochen werde, sehen das Vertreter des Ansatzes „Agrikultur“ das genau anders. „Landwirtschaft ist Teil der europäischen Identität“, ist eine kulturelle Angelegenheit, meinte Fischler. Dafür zu kämpfen lohne sich.

Als eine Entwicklung, die bisher kaum beachtet werde, kennzeichnete der Festredner die „Urbanisierung“, also die Konzentration auf die Städte. „Ab 2007 leben weltweit erstmals mehr Menschen in den Städten als auf dem Land. Wir sind mitten in der historisch dritten

Welle der Urbanisierung“. In Europa lebten noch 25 Prozent auf dem Land. „Es muss sich auszahlen, in ländliche Räume zu investieren, statt sie zu sanieren. Die Bedeutung der ländliche Entwicklung geht weit über die Landwirtschaft hinaus“, meinte Fischler und sprach sich klar für eine Stärkung der zweiten Säule aus.

Für die landwirtschaftlichen Betriebe sieht Fischler verschiedene Entwicklungstypen nebeneinander. Er nannte den Präzisionslandwirt, den Vertragslandwirt, den Energiewirt, den Industriewirt, den integrierten Wertschöpfer, den Hofveredler, den Direktvermarkter und den Spezialisten, z.B. den spezialisierten Biobetrieb. Die Reinformen seien seltener als die Mischformen. Auf jeden Fall aber sei es falsch, von dem einen Landwirt zu sprechen.

uj



Onno Poppinga (links) und Wolfgang Reimer berichteten auf dem Fest über die Anfänge und das Entstehen der Bauernstimme. Der Vorläufer hatte drei Ausgaben, dann gab es eine Klage und das Heft musste eingestellt werden, erzählte Onno Poppinga. „Danach wussten wir, wie es geht.“ Poppinga ist Professor in Kassel, Reimer Unterabteilungsleiter im Bundesministerium. Fotos: Fred Dott, Vera Thiel, Ulrich Jasper

Danke!

Zum Gelingen des Jubiläumfestes von Bauernstimme und AbL haben wieder einige Menschen ganz besonders beigetragen. Ein großes Dankeschön gilt daher Martin, Wolfgang, Elli, Adi, Cord, Ortrud, Annemarie, Berit, Sonja, Claudia, Vera, Uwe, Birgit, Heiner und ganz besonders Georg!

Ein besonderer Dank gilt auch allen finanziellen Unterstützern.



Rationalisierung kontra nachhaltige Viehwirtschaft

Von Geschwindigkeit, Profit, dem Wesen der Tiere und der Menschen

Zeit ist Geld – dieses allgegenwärtige Wirtschaftsprinzip hat auch die Viehwirtschaft von Grund auf verändert. Im Bestreben, in immer kürzerer Zeit immer mehr Fleisch, Milch, Eier und andere tierische Erzeugnisse zu produzieren, wurden aus Bauernhöfen Fabriken, in denen die Tiere ungeachtet ihrer arteiligen Bedürfnisse für kurze Zeit maximale Leistungen erbringen sollen. Zucht, Fütterung, Haltung und Schlachtung der Tiere haben sich dementsprechend radikal gewandelt. Und dies scheinbar mit Erfolg, hat sich doch beispielsweise die Mastdauer eines Schweins innerhalb der letzten hundert Jahre mehr als halbiert, während Hähnchen bereits nach fünf Wochen schlachtreif sind. Es gibt massenhaft billige Nahrungsmittel, die zu jeder Zeit verfügbar sind. Doch der tatsächliche Preis dieser beschleunigten Produktion ist immens hoch – zu hoch, um ihn auf Dauer zahlen zu können. So führt die einseitig auf kurzfristige Höchstleistung selektierende Zucht ebenso zu gesundheitlichen Problemen wie der massiv erhöhte Kraftfüttereinsatz. Gezielt werden die Eigenzeiten der Tiere, also etwa ihre natürlichen Wachstums- und Fortpflanzungszeiten, die rhythmischen Wechsel zwischen Aktivität und Ruhe oder Zeitpunkt und Dauer verschiedener Verhaltensweisen, manipuliert. Dies geschieht z. B. mittels Wachstumshormonen, künstlicher Beleuchtung und biotechnologischer Methoden, die in der Zucht immer häufiger zum Einsatz kommen. Die Anpassungs-

sich. Ein hinlänglich bekanntes Beispiel ist die Anlage ausgedehnter Sojamonokulturen auf abgeholzten Regenwaldflächen. Für die Bauern und Bäuerinnen hat sich indes noch nicht einmal das Versprechen einer reduzierten Arbeitszeit erfüllt – im Gegenteil: Stress und Zeitdruck mindern ihre Arbeits- und Lebensqualität.

Indem die industrialisierte Viehwirtschaft ihre Eingebundenheit in die natürlichen Systeme ignoriert, verstärkt sie ihre verheerenden Folgen zusätzlich. Ihr beschleunigter Material- und Energieeinsatz ist den komplexen zeitlichen Beziehungen in der Umwelt, wie etwa den Abbau- und Transportgeschwindigkeiten in den natürlichen Kreisläufen, nicht angemessen. Der Irrglaube der technischen Machbarkeit hat zu einer Leichtfertigkeit in Verbrauch und Verschmutzung natürlicher Ressourcen geführt, die in einem krassen Widerspruch steht zu den sehr langen Zeiträumen, die z. B. die Grundwasserneubildung oder Bodenentstehung benötigen. Die Kosten für Reinigung und Sanierung von Boden, Wasser und Luft – wo dies überhaupt möglich ist – lassen sich kaum beziffern. Die industrialisierte Viehwirtschaft bedroht so in zunehmendem Maß die globale Ernährungssicherheit. Bereits jetzt führt die kurzfristig orientierte Profitmaximierung auch ökonomisch in eine Sackgasse.

Zeitsensibles Wirtschaften

Daher ist der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise dringend geboten und erfordert gerade auch einen anderen Blick auf die Zeit: Im Mittelpunkt muss die langfristige Sicherung, gezielte Pflege und Erneuerung der Produktionsgrundlagen (Bodenfruchtbarkeit, Wasserreserven...) stehen. Dies erfordert die Beachtung der zeitlichen Wechselwirkungen zwischen der Art des Wirtschaftens und der umgebenden Natur.

Ein derart vorsorgeorientierter Ansatz vermeidet auch den Einsatz persistenter Stoffe (Pflanzenschutzmittel, Medikamente), der die Risiken in der Zeit verlagert. Von elementarer Bedeutung sind zudem veränderte

Zuchtziele und eine durchdachte Aufzucht der Tiere, denn hier erfolgt die entscheidende Weichenstellung für ihr weiteres Leben. Das ökonomische Überleben der Betriebe und zugleich das weitestgehende Ausleben der zeitlichen Bedürfnisse der Tiere zu ermöglichen, ist nicht immer harmonisch zu



erreichen und erfordert ein hohes Maß an Wissen und praktischen Fähigkeiten. Ein zeitsensibles Wirtschaften bringt jedoch viele Vorteile. So verbessert das gesteigerte Wohlbefinden der Tiere zugleich ihre Gesundheit, Fruchtbarkeit und Lebensleistung deutlich und führt dadurch ebenso zu Kosteneinsparungen wie der verringerte Energieeinsatz der Betriebe. Zugleich kann die höhere Qualität der Produkte zur Erhöhung der Einnahmen führen.

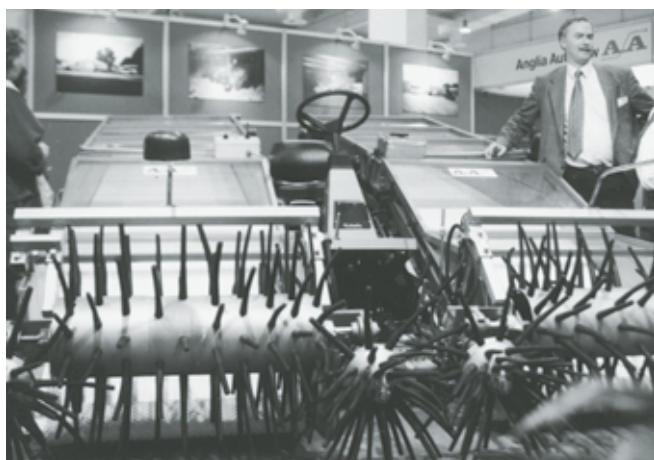
Der geforderte Wandel der Viehwirtschaft liegt dabei nicht allein in der Verantwortung und den Möglichkeiten der Landwirte. Auch die Konsumenten, der Handel sowie der Staat oder übergeordnete politische Institutionen stehen in der Verantwortung und sind mit einzubeziehen. Zur Abkehr von der industrialisierten Viehwirtschaft gibt es auf lange Sicht keine Alternative, auch wenn sie zunächst mit ökonomischen Schwierigkeiten einhergehen könnte. Denn je länger wir warten, desto gravierender werden die Probleme sein, denen wir uns gegenüber sehen.

Bianca Borowski

Grundlage des Artikels ist die Diplomarbeit der Autorin „Die Bedeutung der Dimension Zeit für eine nachhaltige Viehwirtschaft – Konzepte, Praxiserfahrungen und Perspektiven“. Universität Lüneburg. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die Autorin: borowski@boelw.de

Mehr Salmonellen in Großbetrieben

Das dem Bundesminister Seehofer unterstellte Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat Ende Juni die Ergebnisse einer EU-weiten Pilotstudie zur Salmonellenbelastung in Lebensmitteln kommentiert. Danach sei die Zahl der Salmonelleninfektionen in Deutschland zwar rückläufig, doch „das Vorkommen von Salmonellen bei Legehennen muss weiter reduziert werden, um den Verbraucher noch besser zu schützen“, sagte BfR-Präsident Hensel. Besonderen Handlungsbedarf sieht das BfR bei größeren Käfighaltungsanlagen. Größere Betriebe mit mehr als 3.000 Legehennen und Tiere in Käfighaltung weisen demnach häufiger Salmonelleninfektionen auf als Betriebe mit Boden-, Volieren- oder Freilaufhaltung.



Wenn's schnell gehen muß. Der Putensammler

und Leistungsfähigkeit der Tiere ist mittlerweile deutlich überschritten, wie der massive Anstieg von Krankheiten, Verhaltensstörungen und vorzeitigen Todesfällen bzw. Schlachtungen zeigt. Wenig verwunderlich, dass auch Qualität und Sicherheit der Nahrungsmittel zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden. Da bei der Futtermittelherstellung zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden. Da bei der Futtermittelherstellung zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden. Da bei der Futtermittelherstellung zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden.

IG Nachbau erneut vor Europäischem Gerichtshof erfolgreich

EuGH beschließt: Nachbaugebühren von 80 Prozent der Z-Lizenz sind zu hoch

Das ist nicht das, was wir uns gewünscht haben“ – wieder einmal musste Dirk Otten, Geschäftsführer der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV), gegenüber dem Presse- und Informationsdienst Agra-Europe Unerquickliches kommentieren.

Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze war hingegen ganz zufrieden mit dem, was Otten sich nicht gewünscht hatte: Der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, dass eine Nachbaugebühr von 80 Prozent der Z-Lizenzgebühr (die beim Kauf von zertifiziertem Saat- bzw. Pflanzgut mitbezahlt wird) zu hoch sei.

Streitpunkt Gebührenehöhe

Diesmal ging es also erstmals nicht um die Auskunft zum Nachbau, sondern tatsächlich um die Gebühren bzw. die Gebührenehöhe. Da in der deutschen gesetzlichen Grundlage nur mit so vagen Formulierungen wie: Die Nachbaugebühr müsse „deutlich niedriger“ sein als die Z-Lizenzgebühr, die Züchter für Saatgut in Rechnung stellen, hantiert wird, gibt es hier einen erheblichen Klärungsbedarf. Zumal die zu Grunde liegende EU-Regelung einen Passus beinhaltet, nach dem eine Gebühr in Höhe von 50 Prozent der Z-Lizenzgebühr angemessen sei, wenn es keine berufstädtische Vereinbarung zwischen Pflanzzüchtern und Landwirten in dem jeweiligen Mitgliedsstaat gibt.

In Deutschland gibt es so etwas, zunächst war es das so genannte „Kooperationsabkommen“, später abgelöst durch die „Rahmenregelung Saatgut“, in denen Bäuerinnen und Bauern mit ihrer Unterschrift der STV als Vollstreckungsorganisation der Pflanzzüchter ihre Zustimmung zu erheblichen Betriebskontrollen einräumen, umfangreiche Angaben zu ihren Anbaupflogenheiten machen müssen und dafür Rabatte bei der Verwendung von viel Z-Saatgut erhalten. Wer mehr als – so die aktuelle Vereinbarung – 40 Prozent Nachbau betreibt, wird je nach Pflanzenart zu Nachbaugebühren von 30 bis 45 Prozent veranlagt. Das war nicht immer so.

In den ersten Jahren des Kooperationsabkommens konnten auch noch bis zu 80 Prozent der Z-Lizenzen an Nachbaugebühren fällig werden. Daraus leitete die STV denn auch ab, dass Bäuerinnen und Bauern, die sich weigerten, das Kooperationsabkommen zu unterschreiben, sich also nach dem so genannten „gesetzlichen Verfahren“ veranlassen ließen, immer 80 Prozent der Z-Lizenzen zahlen müssen. Dieser Vorgehensweise haben die obersten europäischen Richter nun eine deutliche Absage erteilt.

80 Prozent sei zu hoch, stellten die Richter fest und folgten damit dem Schlussantrag des Generalanwaltes. Er hatte sich dagegen ausgesprochen, dass „ein Rabatt von 20 Prozent, selbst wenn er im Geschäftsleben als großzügig erscheinen mag“, ausreichend honoriert, dass ein Bauer „die Frucht mit eigener Arbeit und Mühe anbaut und durch die Qualität seines Bodens aufwertet“.



Nun Geld zurück fordern? Die STV hat zu viel Nachbaugebühren verlangt. Foto: Herbst

Geld zurück

„80 Prozent der Z-Lizenz sind damit ein für alle mal vom Tisch“, soviel ist für die beiden Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze unumstößlich. Welche weiteren Auswirkungen das Urteil auf die Nachbaueinbeziehungen hat, ist hingegen noch nicht endgültig abzusehen. Der Bundesverband deutscher Pflanzzüchter (BDP) beklagt denn auch jenseits seiner Ansicht „80 Prozent Nachbaugebühren sind der agronomischen Leistung der Sorten angemessen“, dass der EuGH eine „nachvollziehbare Begründung“ sowie „ausgewogene und verbindliche Regelungen“ schuldig geblieben sei.

Eine entscheidende Frage, an der sich nun der Bundesgerichtshof (BGH), an den der EuGH das Verfahren zurückgereicht hat, abarbeiten kann, ist die, ob es – wenn denn

schon so eine berufstädtische Vereinbarung wie aktuell die „Rahmenregelung Saatgut“ existiert – überhaupt möglich ist, Bäuerinnen und Bauern, die diese nicht unterschreiben wollen, durch ein alternatives Gebührenabrechnungsverfahren schlechter zu stellen als diejenigen, die unterschrieben haben. Also konkret: müssen nicht 30 bis 45 Prozent der Z-Lizenzen für alle die maximale Nachbaugebüh-

renhöhe sein? Der EuGH spricht in seinem Urteil davon, dass existierende Leitlinien – damit sind berufstädtische Vereinbarungen gemeint – nur „mit allen ihren Parametern“ auch für das gesetzliche Verfahren übernommen werden können. Dürfen also Unterschriftenverweigerer gar nicht schlechter gestellt werden als diejenigen, die der STV umfangreiche Kontrollrechte einräumen? Vorinstanzliche Gerichte haben hier unterschiedlich entschieden, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Umso unverständlicher, dass der Deutsche Bauernverband erneut in seiner Presseerklärung zum EuGH-Urteil zumindest indirekt zur Unterschrift der „Rahmenregelung Saatgut“ rät. Bleibt zu hoffen, dass er zumindest seinen Einfluss auf die Pflanzzüchter dahingehend geltend macht, dass Bäuerinnen

und Bauern, die in den vergangenen Jahren zuviel Nachbaugebühren gezahlt haben, weil sie um 80 Prozent der Z-Lizenz erleichtert wurden, ihr Geld schnell und unproblematisch zurückbekommen. Falls diese Rückforderungen nicht so reibungslos laufen, können sich betroffene Bäuerinnen und Bauern bei der IG Nachbau melden.

Ganz gleich, wie die Angelegenheit weitergeht, die IG Nachbau fordert jedenfalls einmal mehr eine politische Lösung des Konflikts am Verhandlungstisch in Berlin, an dem allerdings nicht über die Tatsache hinweggesehen werden darf, dass die Allmachtsansprüche der STV und der Pflanzzüchter bislang juristisch kontinuierlich zurückgestutzt wurden.

Claudia Schievelbein



STV kneift

Ohne Begründung haben die Anwälte der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) eine Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) zurückgezogen. Dort hätte am 23. Mai darüber verhandelt werden sollen, für welche Zeiträume die STV Ansprüche auf Nachbaugebühren geltend machen kann, wenn sie die so genannten Anhaltspunkte für den Nachbau vorlegt. Speziell sollte es darum gehen, ob diese Anhaltspunkte auch eine Rückwirkung haben. Zum Beispiel: Bauer X kauft heute Z-Saatgut der Sorte Y, der Kaufbeleg dient als Anhaltspunkt auch für Folgejahre, da er nun mit dieser Sorte im Betrieb hantiert. Gilt der Beleg aber auch als Anhaltspunkt für vorangegangene Jahre? Das wäre nicht wirklich logisch, vielleicht hat das die STV eingesehen und deshalb die Revision zurückgezogen. Leider ist es dadurch aber noch nicht juristisch geklärt. cs

Seehofer verliert bei Haftungsfonds

Industrie ist nicht bereit, für die eigenen Produkte zu haften.
Ein Landwirtschaftsminister auf der Suche nach Auswegen

Der Bundeslandwirtschaftsminister war in den vergangenen Wochen ein begehrter Gesprächspartner. Oft ging es um das Thema Gentechnik, denn für Ende Juni und damit noch vor der Sommerpause hatte Horst Seehofer den neuen Entwurf zum Gentechnikgesetz angekündigt. Inzwischen ist die Gesetzesreform voraussichtlich auf Oktober verschoben.

Grundlage ist das unter Renate Künast verabschiedete Gentechnikgesetz. Vor allem im Bereich der Haftungsregelung sollten Änderungen zugunsten der anbauenden Landwirte vorgenommen werden. Bisher gilt die verschuldensunabhängige, gesamtschuldnerische Haftung. Wenn also ein gentechnikfreier Bestand verunreinigt wird, haften – ohne dass der Verursacher des

Schadens nachgewiesen werden muss – nach der derzeitigen Regelung alle Landwirte der Region, die Genpflanzen auf ihren Feldern anbauen. Für den Bauernverband ist dies einer der Gründe, seinen Mitgliedern von einem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen abzuraten – aufgrund des nicht kalkulierbaren Haftungsrisikos. Die Überarbeitung des Gentechnikgesetzes sollte hier Abhilfe schaffen. Horst Seehofer hat versucht, die Saatgutunternehmen in die Pflicht zu nehmen. Ein Haftungsfonds sollte entstehende Schäden auffangen. Zu der Forderung der Industrie, den Fonds aus Steuergeldern zu finanzieren hat Seehofer eine klare Position: „Sie (die Unternehmen) wollen ja mit der Grünen Gentechnik Gewinne einfahren. Die Regierung wird den Fonds nicht mit Steuermitteln finanzieren.“ „Wenn aber die Wirtschaftsbereiche sich nicht an den Ausgleichszahlungen für mögliche Risiken beteiligen, ist das ein verheerendes Signal“ so Seehofer. Auf diese Weise wird der Verdacht genährt, die Industrie selbst habe kein Vertrauen in ihre Produkte. Die betroffenen Unternehmen gaben sich allerdings zögerlich und inzwischen ist klar: Die Saatgutunternehmen werden sich nicht an einem Haftungsfonds beteiligen und es soll bei der bisher im Gentechnikgesetz festgeschriebenen verschuldensunabhängigen, gesamtschuldnerischen Haftungsregelung bleiben.

Haftungseinschränkung

Allerdings soll das für die Definition eines Schadens entscheidende Wort „insbeson-

dere“ gestrichen werden. Dieser so genannte unbestimmte Rechtsbegriff bot im bisherigen Gentechnik-Gesetz eine Möglichkeit, v. a. Schäden unterhalb des Kennzeichnungswertes von 0,9 Prozent ausführen zu können. Durch die Änderung entsteht ein Haftungsfall nur noch wenn eine Verunreinigung von über 0,9 Prozent vorliegt. Hat der ohne Gentechnik wirtschaftende Landwirt einen Abnehmer, der einen geringeren Wert vorgibt, z. B. 0,3 Prozent, ist dies eine „privatrechtliche Vereinbarung“. Auch in diesem Fall würde die Haftungsregelung erst greifen, wenn 0,9 Prozent überschritten sind und eine Kennzeichnung vorgeschrieben ist. Dies ist von besonderer Bedeutung, da gegenwärtig viele Lebensmittel

Niederlage für Seehofer

Dass sich die Industrie weigert, in den im Koalitionsvertrag vereinbarten Haftungsfonds einzuzahlen, ist eine Niederlage für Seehofer und zeigt, dass die Gentechnik-Industrie nicht bereit ist, Verantwortung für ihre eigenen Produkte, zu übernehmen. Die Industrie hat sich durchgesetzt – Seehofer hat den Interessen der Pflanzenzüchter nachgegeben. Aber bevor sich Seehofer an den Pranger stellen lässt, gibt er ein neues Modell kund: Hiernach will die Saatgutindustrie die Haftung mit Bauern individuell regeln. Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) in Magdeburg fand Seehofer dies eine gute Lösung: „Das Risiko werden die tragen, die den Gewinn machen.

Was sich in der Marktwirtschaft freiwillig regelt, ist besser als gesetzliche Regelungen.“ Im Herbst solle es eine Verbändevereinbarung geben, an der der Deutsche Bauernverband, die Wirtschaft und die Bundesregierung mitwirken werden“ so Seehofer im Bundestag.

Vorsicht bei privatwirtschaftlichen Lösungen

Es soll also Vereinbarungen geben, gesegnet von der Politik. Fraglich ist, welche Möglichkeiten für Landwirte bestehen, sich nicht dieser Vereinbarung zu unterwerfen? Mit einer solchen

Regelung wird der Monsanto-Vertrag (s. Bauernstimme 6/06) mit allen seinen Konsequenzen für die Landwirtschaft quasi zum Handlungsleitfaden erhoben. Mit diesen Verträgen zieht sich der Saatgut-Hersteller Monsanto vollkommen aus der Haftung zurück!

Eigentlich hätte Seehofer aus der seit 1999 tobenden Auseinandersetzung um die Nachbauregelungen beim Saatgut lernen können. Auch hier gab es einen Kooperationsvertrag zwischen DBV-Spitze und den Pflanzenzüchtern, mit weit reichenden Zugeständnissen hinsichtlich Lizenzzahlungen, Nachbaugebühren und entsprechenden Rabattsystemen. „Mit dem Kooperationsabkommen hat die Spitze des DBV, ohne die Diskussion an der Basis zu führen, die Interessen der Bauern an die Pflanzenzüchter verkauft“ so Georg Janßen, Geschäftsführer der ABL.

Wie genau die „privatwirtschaftlichen“ Regelungen in Absprache zwischen DBV und Gentechnik-Industrie aussehen werden, bleibt noch im Dunkeln. Angedeutet wird, dass im nächsten Jahr weitere Handelsunterneh-



Koexistenzforschung

Foto: Norbert Lehmann/www.biosicherheit.de

produzierende Unternehmen ihren Lieferanten Grenzwerte vorgeben, die deutlich unter 0,9 Prozent liegen. Wer also „ohne Gentechnik“ produziert und für diese Qualität einen bessern Preis für seine Produkte erzielen kann, hat keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn seine Ware z. B. mit 0,6 Prozent GVO verunreinigt ist, der Abnehmer aber nur 0.3 Prozent akzeptiert. Dies ist unter anderem für Landwirte, die an Qualitätsprogrammen teilnehmen, und für biologisch produzierende Landwirte von zentraler Bedeutung.

Stattdessen sollen im neuen Gesetzestext Schadensfälle abschließend definiert werden. Hier bleibt es spannend, welche Fälle als Schaden definiert werden. Wird es einen finanziellen Ausgleich für Verschleppung durch gemeinsamen Maschineneinsatz geben? Für Verunreinigungen der Ernte unterhalb von 0,9 Prozent? Wird das Recht der Landwirte anerkannt, gentechnikfrei zu produzieren, auch wenn sie sich keinem Qualitätsprogramm angeschlossen haben? Wer übernimmt Analyse- und Kontrollkosten?

Memorandum gescheitert

Für ein fünfjähriges Anbauverbot von Genpflanzen hatte sich der CSU-Generalsekretär Markus Söder ausgesprochen. Offen sei, ob es einen konkreten Nutzen gebe und inwieweit die gentechnisch veränderten Pflanzen das Ökosystem bedrohten. Söder: „Angesichts der vielen offenen Fragen bei der grünen Gentechnik sollten wir weiter intensiv diskutieren - und forschen. Wir brauchen eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Risikoanalyse. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über die ethischen Grenzen gentechnischer Eingriffe in die Natur.“ Die CSU-Generalsekretär trägt die Diskussion um pro und kontra Gentechnik damit in die Reihen der CDU/CSU. Der Bundestag lehnte das Moratorium am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause ab. *mn*

men dem so genannten Märka-Modell folgen werden.

Das Märka-Modell

In den neuen Bundesländern hat die Märkische Kraftfutter GmbH (Märka) im vergangenen Jahr den Körnermais der Genbauern aufgekauft. Das Unternehmen verarbeitet den GV-Mais zu Tierfutter. Der zuständige Mitarbeiter erklärt allerdings, dass es in Zukunft von den Anforderungen des Marktes und der Verbraucher abhängt, ob weiterhin GV-Mais aufgekauft und verarbeitet werden kann.

Vor diesem Hintergrund relativiert sich die Aussage der Märka, die Ernte von Landwirten, deren Felder in der Nachbarschaft (bis zu 500 m) zu Genmaisfeldern liegen, zum garantierten Marktpreis aufzukaufen (Märka-Modell). Vor allem von Monsanto wurde dieses Konzept als eine Möglichkeit angeführt, Haftungsfälle zu verhindern. Denn das Motiv ist klar: Die Gentech-Indu-

strie will mögliche Haftungsfälle, die in der Nachbarschaft von GVO-Feldern auftreten können, aushebeln. Denn Schäden können nur entstehen, wenn wirtschaftliche Einbußen vorhanden sind, z. B. wenn sich die Ware nicht mehr verkaufen lässt. Kann die kontaminierte Ernte jedoch an die Lagerhäuser verkauft werden – und das zu marktüblichen Preisen – gibt es keinen Schaden, keinen Haftungsfall und der Anbau kann sich ungehindert ausdehnen.

Weiterer Kritikpunkt ist die Verschleierungstaktik: Durch den Aufkauf der kontaminierten Ernten der GVO-Nachbarfelder in bis zu 500 m Entfernung werden eintretende Verunreinigungen totgeschwiegen und die Problematik der Auskreuzung und Verschleppung innerhalb der Kette wird intransparent. Weitere Schwachstellen sind, dass ausschließlich Körnermais abgenommen wird. Was aber passiert mit eventuell verunreinigtem Silomais? Im Jahr 2005 werden in Deutschland 1,26 Millio-

nen Hektar Silomais aber nur 443.000 Hektar Körnermais angebaut.

Vor allem aber geraten die betroffenen Landwirte in die Abhängigkeit eines Unternehmens. Wie lange vor diesem Hintergrund die zugesicherten Marktpreise nämlich tatsächlich gezahlt werden ist offen. Auch für Landwirte, die aufgrund eigener Vermarktungsstrukturen bessere Preise erzielen, ist das Märka-Modell keine finanziell tragbare Alternative.

Seehofer sollte zu seinem Wort stehen, alle in der Gentechnik-Debatte Beteiligten und vor allem die landwirtschaftliche Basis in die anstehenden Reformen – Haftungsregelung; der so genannten „Verbändervereinbarung“ usw. – mit einzubeziehen. „Wenn sich die DBV-Spitze erneut zum Handlanger der Saatgut-Industrie macht, kann sie sich auf einen heißen Tanz vorbereiten“, warnt Adi Lampke, Sprecher der IG-Nachbau.

Annemarie Volling/mn

Bayerischer Mais kreuzt aus

Wissenschaftler belegen große Auskreuzungsdistanzen

Anlässlich eines Besuchs der Landtags-Ausschüsse stellte der bayerische Staatsminister Miller die Ergebnisse des Erprobungsanbaus 2005 vor. Der Anbau des gentechnisch veränderten Mais, mit dem die Versuche durchgeführt wurden, fand auf vier über Bayern verteilten Staatlichen Versuchsgütern statt. Während im Jahr 2004 das Hauptaugenmerk auf Silomais lag, wurde im vergangenen Jahr das Einkreuzungsverhalten von Körnermais untersucht.

In Abständen von 0 bis 10, 20 bis 30, sowie 50, 55 und 70 Metern von der mit Genmais der Sorte Mon810 bestellten Parzelle wurden Proben genommen und die Einkreuzungsrate ermittelt. Auf dem Versuchsfeld am Baumannshof in der Nähe von Pfaffenhofen lag die gentechnische Verunreinigung der Nachbarbestände erst ab einer Entfernung von 55 Metern unter dem für die Kennzeichnung verantwortlichen Schwellenwert von 0,9. Die leitende Wissenschaftlerin Prof. Inge Broer, von der Uni Rostock: „Wir hatten überall starken Westwind, sodass wir in östlicher Richtung in 20 bis 30 Metern Entfernung Werte über 0,9 Prozent hatten.“ Nun ist Wind aber ein eher alltägliches Phänomen. Im vergangenen Jahr war es zudem sehr feucht, was den Pollenflug eher behindert. Wenn Trockenheit und

Wind zusammenkommen, könnten die Ausbreitungsentfernungen noch über den in Bayern gefundenen Werten von über 55 Metern liegen.

Landwirtschaftsminister Miller nimmt die Ergebnisse zum Anlass einer Kurskorrektur: „Die bei den Versuchen 2004 festgestellten erforderlichen Mindestabstände für Körnermais reichen zur Einhaltung des Schwellenwertes in der Hauptwindrichtung nicht aus!“ Vielmehr empfiehlt der Minister, ab sofort einen Abstand von 150 Metern zum nächsten Maisfeld einzuhalten. Außerdem seien weitere Untersuchungen in den kommenden Jahren notwendig, um den Sachverhalt abschließend zu klären.

Maispollen auch im Bienenstock

Neben dem Auskreuzungsverhalten unter-

suchten die Wissenschaftler auch, ob Bienen den Mais anfliegen, um Pollen zu sammeln. Auch hier gab es neue Ergebnisse. Bis zu 5 Prozent des von den Bienen gesammelten Blütenpollen stammte von den gentechnisch veränderten Maispflanzen. Fast schon zynisch klingt da der Hinweis des Ministers, dass Honig als tierisches Produkt nicht kennzeichnungspflichtig sei.

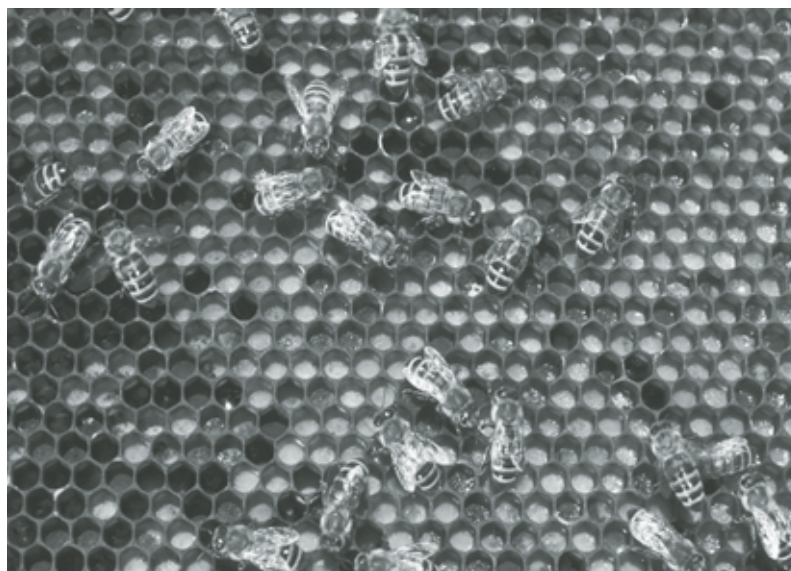
Nachweismethoden ungenau

Im Rahmen der Untersuchungen stellten die Wissenschaftler weiterhin fest, dass die Ergebnisse der einzelnen Labore teilweise stark voneinander abweichen. Unterschiede von 0,5 bis 1 Prozent des gemessenen GVO-Anteils waren die Regel. Dies deckt sich mit Angaben der Untersuchungslabore, die von einer Schwankungsbreite von 15

bis 80 Prozent ausgehen. Wer belegen muss, dass seine Ware nicht gekennzeichnet zu werden braucht könnte in Zukunft darauf angewiesen sein, mehrere Untersuchungen machen zu lassen.

Den Landwirten empfiehlt Miller, auf einen Anbau gentechnisch veränderter Maisorten zu verzichten, da diese weder einen pflanzenbaulichen, noch ökonomischen Nutzen für die Bauern haben.

mn



Bienenwabe voller gelber und blauer Pollen Juni 2003 Ökologische Bienenhaltung
© BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Kein Genmais in Heilbronn

6.000 Unterschriften und 1.251 Einwendungen haben den Genmais-anbau des Unternehmens Monsanto im südlich von Heilbronn gelegenen Leingarten gestoppt. In einem ersten Schritt hatte ein benachbarter Landwirt auf seinem Feld Mais angebaut, so dass Monsanto gezwungen gewesen wäre, einen Sicherheitsabstand von 50 bis 200 Metern einzuhalten. Die zahlreichen Einwendungen verhinderten jetzt aber schon im Vorfeld die Aussaat, da dem für die Genehmigung zuständigen Bundesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft Stellungnahmen einzelner Ämter fehlen. Laut eines Firmensprechers von Monsanto macht eine Aussaat zu dem jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn mehr. Ein voller Erfolg für Bürger und Bauern! *mn*

DLG-Feldtage

Ein Gespräch zwischen Bauern am Stand der AbL

Der Stand der AbL lag direkt neben dem vom Naturland-Verband. Die räumliche Nähe war denn wohl auch der Grund dafür, dass sich zwei inzwischen im Ruhestand befindliche Landwirte aus dem Rheinland veranlasst sahen, uns die Vorzüge des „Spritzens“ deutlich zu machen. In den nächsten Minuten blieben weitere Landwirte stehen, um die Unterhaltung zu verfolgen. Als sich ein Bauer aus Franken in das Gespräch einschaltete, bekam die Unterhaltung eine ganz eigene Wendung. *Rheinländer:* Ohne Spritzen geht es nicht. Denken Sie mal an die Fusarien. Und dann der Ertrag. Ohne Spritzen ist der doch höchstens halb so hoch.

Franke: Leute, hört mal zu. Halmverkürzer sollten direkt verboten werden. Die Spritzerei ist doch Schuld daran, dass wir nix mehr verdienen.

Dritter: Wenn ich nicht spritze, ernte ich zu wenig. Und dann die Fusarien. Das nimmt mir doch keine Mühle mehr ab.

Franke: Was bekommst du denn noch für deinen Weizen. Sieben Euro für den Doppelzentner. Das ist doch kein Lohn für unsere Arbeit.

Dritter: Na sieben Euro, ich bekomme neun. Direkt vom Feld weg. Neun Euro, für einen A-Weizen.

Franke: Aber das ist doch kein Preis. Wir produzieren zu viel. Schluss mit dem Spritzen. Keine Halmverkürzer mehr. Dann gehen die fetten Bestände halt ins Lager. Wenn weniger produziert wird, steigt der Preis auch wieder. Neun Euro für den Doppelzentner. Und was kostet das Brötchen? 60 Cent. Und wieviel Mehl ist in so'nem Brötchen?

Rheinländer: Aber wenn wir weniger machen, kommt das doch von außen rein. Von den Franzosen, den Spaniern und dann den USA.

Dritter: Und dann sind da ja auch noch die Druschkosten, die bleiben ja gleich. Nein, der Ertrag ist wichtig.

Franke: Ich dresche selber. Ich hab' einen alten „Fortschritt-Drescher“. Den hab ich noch vor der Grenzöffnung gekauft. Der ist längst abgeschrieben und kostet mich nichts mehr.

Dritter: Und der Dieserverbrauch. 22 bis 23 Liter pro Hektar? Wie ist der Verbrauch?

Franke: Im Mittel bei 14 Liter pro Hektar. Ich lass die Stoppeln lang stehen. Das ganze Stroh muss ja nicht durch die Maschine gehen.

Dritter: Und was ist mit der Trocknung?

Franke: Ich verbrenn' Rapsöl und Getreide für die Trocknung. Beim Dreschen stell' ich die Maschine so ein, dass der ganze Ausputz drin bleibt. Den reinige ich zu Hause mit dem Windsichter raus. Dann ist auch das Unkraut vom Feld. Für das Ausputzgetreide gibt's eh nix. Mit dem Ausputz heize ich und produziere Strom.

Dritter: Na, für dich passt das, aber ich brauch' die Erträge und die hohen Qualitäten, sonst kann ich gleich aufhören.

Franke: Ich spritze ja auch, ich bin genau so konventioneller Landwirt. Ich spritze und ich streu' Mineraldünger. Aber ich spritze eben wenig – bei den Preisen. Seht Euch doch mal um. Die hier (zeigt auf die umliegenden Zelte von Bayer, Monsanto usw.) machen wir reich, damit die auf den Feldtagen große Zelte aufbauen können. Von

Franke: Beim Bauernverband bin ich letztes Jahr ausgetreten. Mir helfen die nicht.

Dritter: Ohne Vertretung haben wir keine Chance. Wir brauchen jemanden, der unsere Interessen vertritt.

Franke: Das mag ja stimmen, aber wenn man sieht, was Sonnleitner fordert: Produzieren zum Weltmarktpreis. Die Molkeereien zu internationalen Konzernen entwickeln. Rationalisierung auf den Betrieben. Wenn es danach geht, muss ich meinen



Viel Interesse an großen Maschinen

Foto: DLG

Raiffeisen ein Paar Würstchen für die Bauern und von Syngenta einen Plastikheimer.

Rheinländer: ...und bei Südzucker gibt's Brezeln vom Vortag und Apfelwein umsonst.

Franke: Alles, was wir in den letzten Jahren an Ertragssteigerungen hatten, ging für Saatgut, Spritz- und Düngemittel drauf. Immer nur noch mehr produzieren hilft uns Bauern nicht, wenn unsere Gewinne nicht steigen. Die Preise müssen nach oben.

Rheinländer: Richtig, aber dann müssten schon alle mitmachen, die Franzosen, die Italiener, die Spanier usw. Und die Amerikaner.

Dritter: Dafür haben wir doch den Bauernverband. Der ist doch unsere Lobbyvertretung.

Betrieb zumachen: zu klein, nicht weltmarktauglich.

So plötzlich, wie sich die Bauern zusammengefunden hatten, zerstreuten sie sich auch wieder. Und wie so oft bei diesen Gesprächen: Man stellte Gemeinsamkeiten fest, wurde aber nicht konkret. Und so wird wohl auch in Zukunft vieles beim Alten bleiben: Bauern fahren auf die Feldtage, essen kostenlos Würstchen, und die Unternehmen werden sich auch in Zukunft nicht davor fürchten müssen, dass sie zur Rede gestellt werden könnten.

Marcus Nürnberger

Industrie mulcht Genmais

Auf den DLG-Feldtagen war er zu sehen. Der transgene Mais. Ca. einen Meter groß, mit grünen Blättern. Mais eben. Aber er war deutlich kleiner als die konventionellen Sorten. Wer genau hinschaute merkte, dass wohl der spätere Saattermin der Grund hierfür war.

Dem Besucher stellt sich die Frage was der Maisanbau denn soll, wenn aufgrund der späteren Aussaat nicht die geringste Vergleichbarkeit gegeben ist. Ein Unterschied

war aber dennoch deutlich. Der Genmais brauchte Schutz. Jedenfalls stand den ganzen Nachmittag ein Polizeiwagen zur Bewachung am Feldrand. Hatte man ob der hausgemachten Provokation Angst bekommen? Vielleicht weil Greenpeace am Vortag demonstriert hatte. Wer weiß.

Zwei Tage später wurde alles gemulcht. Vielleicht sollten die Unternehmen in Zukunft die Kosten ihre Provokationen selbst tragen.

mn

Raiffeisen-Werk könnte mehr

Seit drei Monaten wird im Raiffeisen Kraftfutterwerk Süd in Würzburg ohne Gentechnik produziert. Nach Aussage des Geschäftsführers, Herrn Steinbrink, entspricht die Nachfrage den Erwartungen. Es sei unverständlich, weshalb nicht mehr Landwirte und Unternehmen die Chance nutzten, ihre Produkte durch eine bessere Qualität am Markt zu platzieren. Der Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel biete hier gute Möglichkeiten. Der Mehrpreis ist gering. Bei 10 Eiern beträgt er laut Berechnungen der Raiffeisen lediglich 1 Cent. Das Kraftfutterwerk in Würzburg hat ein Jahr Zeit, sein neues, gentechnikfreies Konzept zu etablieren. Bleibt zu hoffen, dass noch viel Landwirte die Möglichkeit nutzen.

mn

Wer hat die bunteste Wiese

Olympiade mal ganz anders

In Baden-Württemberg, genauer gesagt im Schwarzwald, wird in diesem Jahr eine Olympiade der besonderen Art durchgeführt. Gesucht wird die schönste Blumenwiese. Und weil alle etwas anderes schön finden, gibt es bei dem vom Institut für Agrarökologie und Naturschutz durchgeführten Wettbewerb klare Bewertungskriterien.

Gestartet wird in vier unterschiedlichen Klassen. Unterschieden werden die Klassen nach Standortbedingungen: trockene, frische, feuchte bis nasse Standorte und Magerweiden. Je nach Standort muss eine Reihe verschiedener Pflanzen wie z.B. der große Klappertopf, die Trollblume oder der Feldthymian auf der Fläche wachsen, um teilnehmen zu können. Den Initiatoren geht es nicht darum, kleine Naturschutzflächen wegen ihres Artenreichtums zu loben. Vielmehr werden Flächen gesucht, die sich in langjähriger landwirtschaftlicher Nutzung befinden.



Begutachtung einer Fläche in Schluchsee-Äule: artenreiche Weidefläche mit weidenden Jungriedern. Die Jury: v. l. n. r. Dr. R. Oppermann (IFAB), P. Hettich (BLHV), R. Schulze (Landwirtschaftsamt), Dr. G. Briemle (LVVG) und S. Kunz (IFAB).

Die Wiesenmeisterschaft ist ein Gemeinschaftsprojekt vom baden-württembergischen Ministerium Ländlicher Raum, dem Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverband (BLHV), dem Schwarzwaldverein und dem Naturschutzbund NABU.

Die Wiesenolympiade soll auf die Bedeutung des artenreichen Grünlands für das Ökosystem, aber auch für die Tierernährung aufmerksam machen. Die „Blumenwiese“ hat im Gegensatz zum artenarmen intensiv Grünland ernährungsphysiologisch einiges zu bieten. Der Artenreichtum ist die



Auf engstem Raum blühen hier eine Vielzahl von Blumen wie Teufelskralle (blau), Rotklee, Trollblume (gelb), Hahnenfuß (gelb) und Margerite.

Grundlage für eine geschmackvolle, vielseitige und ausgeglichene Fütterung. Dem Bewirtschafter ermöglicht die vielfältige Artenzusammensetzung, den Erntezeitpunkt aufgrund ungünstiger Wetterbedingungen nach hinten zu verschieben, ohne dass der Futterwert so deutlich sinkt wie bei artenarmen Weidelgrasbeständen.

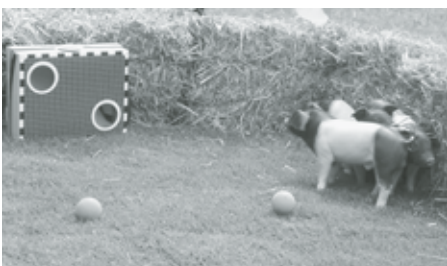
Das besondere der blumenreichen Wiesen ist die Einmaligkeit der vom Standort abhängigen Artenzusammensetzung. Sie bieten verschiedensten Tieren, zum Beispiel Heuschrecken, Schmetterlingen und Wiesenvögeln, einen Lebensraum. Neben der ökologischen Bedeutung ist der Anblick einer Blumenwiese eine Erlebnis für alle Betrachter. Ob Bauer oder Tourist: Bunte Wiesen sind eine Bereicherung für Auge, Ohr und Nase.

mn

Nähere Informationen bekommt man beim Institut für Agrarökologie und Biodiversität: mail@ifab-mannheim.de.

Finale nicht in Berlin

Es wird nun doch nicht nach Berlin kommen, zum Endspiel. So richtig Glück hat es nämlich nicht gebracht, zumindest nicht Klose, Podolski und Lehmann schon gar nicht. Das sollte es eigentlich, wenn man von dem zweiten eigentlichen Haupt-



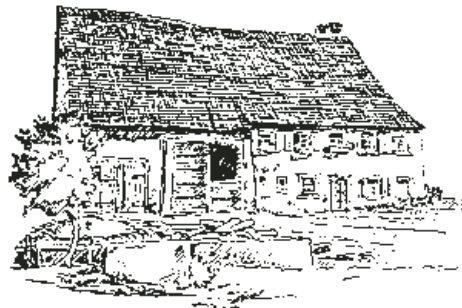
motiv absieht, das schlicht darin bestand, dem DBV-Präsidenten Sonnleitner zur Wiederwahl einen Platz in den Tagesthemen zu verschaffen. Dass Sonnleitner mit dem Ferkel namens „Finale“, das er an den DFB-Präsidenten Theo Zwanziger stellvertretend für die deutsche Fußballmannschaft überreichte, ausgerechnet ein Bioferkel nahm, kam nicht in die Meldung. Verschiedene Biolandbau-Organisationen versuchten zwar noch, das nachzuholen, aber auch das Spiel ging verloren. Sei's drum, so schwarz-weiß wie das Ferkel ist die agrarpolitische Lage manchmal denn doch nicht.

uj

Grüß Gott, Kontrolle!

Wie schön! Wir sind auch dieses Jahr wieder dabei! Nein, nicht bei denen, die eine Rückzahlung vom Finanzamt oder ähnliche schöne Dinge erwarten dürfen. Wir gehören nur zu den Ausgewählten für die Betriebskontrolle bzw. zu den schwarzen Schafen. Eigentlich gehören wir schon seit 2003 dazu. Damals wurde in Bayern nämlich die digitale Flurstückserfassung flächendeckend durchgeführt. Auch vor unserer Tür standen eines Tages zwei „Abgesandte“ des Landwirtschaftsamtes mit dem GPS-Rucksack. Guten Gewissens trabte Rainer mit ihnen sämtliche Grenzen ab. Nach der Auswertung stellte sich jedoch heraus, dass unsere Hofffläche, die mit einem Wiesenstück zusammen eine Flurnummer besaß, größer war als in unseren Unterlagen immer angegeben. Da es sich um ein kleines Flächenstück handelt, waren die Toleranzgrenzen natürlich schnell überschritten, und wir hatten somit zehn Jahre lang Subventionsbetrug begangen: Die Rückforderung betrug mit Zins und Zinseszins insgesamt um die 300 Euro und musste jährlich überwiesen werden. Leise vor sich hin schimpfend tippte Rainer zehn Einzelüberweisungen zwischen sieben und etwa 40 Euro in den Computer.

Damit waren wir aufgenommen in den Kreis der Privilegierten. Klar wurde uns dies letztes Jahr, als sich ein Kontrolleur der neu eingerichteten „Zentralen Kontrollstelle“ zur Betriebskontrolle anmeldete. Wir waren allerdings etwas erstaunt, dass sämtliche Grenzen noch einmal per GPS erfasst wurden. Die Angehörigen der neuen Kontrollstelle seien speziell geschult und ausgebildet worden, deshalb müsse alles noch einmal erfasst werden, wurde uns mitgeteilt.



... aus dem Allgäu

Irgendwie schien es das erste Team aber auch im Griff gehabt zu haben, denn zum Glück passte alles.

Auch die anderen Anforderungen schienen erfüllt: Die Bodenproben waren gezogen, das Merkheft zur richtigen Düngung fand sich nach einigem Suchen sauber abgeheftet in einem Ordner, alle Tiere hatten ihre Ohrmarken (was bei der hohen Verlustquote dieser gelben Plastikdinge gar nicht so selbstverständlich ist). Wir wollten schon aufatmen, als sich herausstellte, dass in der HIT-Datenbank ein Tier mehr gemeldet als tatsächlich gezählt worden war. Nach längerer Suche fanden wir ein Kalb, das knapp zwei Wochen vorher an eine Kälbervermarktungsorganisation verkauft worden war, die von uns bevollmächtigt war, auch die Abmeldung vorzunehmen. Leider hatte es dort eine Computerpanne gegeben, die niemand bemerkt hatte, so dass die Daten eines kompletten Marktes nicht an die Datenbank übermittelt worden waren. Dummerweise wurden wir kontrolliert, bevor die Panne entdeckt wurde, denn diese Unstimmigkeit bedeutete für uns 100 Euro Abzug bei der Betriebsprämie und einen späteren Auszahlungstermin für die KuLaP-Prämie (Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm). „Es ist die Pflicht des Landwirts, auch bei Erteilung einer Vollmacht innerhalb einer Woche nachzuprüfen, ob alle Daten korrekt erfasst sind“, wurden wir belehrt. Inzwischen machen wir unsere Abmeldungen wieder selbst, dann sind wir auch selbst schuld, wenn's nicht stimmt.

Ach ja, neulich geriet ein Kollege von uns in eine Verkehrskontrolle, als er unseren Viehanhänger zurückbringen wollte. Die Beamten verlangten das Hygienetagebuch des Anhängers... Bis zur diesjährigen Kontrolle müssen wir noch herausfinden, was es damit auf sich hat. Sonst gehören wir nächstes Jahr wieder dazu ... – zu den schwarzen Schafen.

Eine Bäuerin (43 Jahre) erzählt...

Reisen zu Menschen in aller Welt – von zu Hause aus

„Die Welt in meinen Augen“ von Armin Pongs

Direktvermarktung optimieren!

Die Ab-Hof-Vermarktung von Agrarprodukten hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Hinwendung der Verbraucher zu regionalen, qualitativ hochwertigen Produkten mit nachvollziehbarer Herkunft spiegelt sich darin wider. Doch nicht immer wird die Direktvermarktung rentabel betrieben.

Eine gezielte betriebswirtschaftliche Analyse deckt ungenutzte Potentiale, Stärken und Schwächen auf. Ohne großen Aufwand kann mancher Betrieb wesentlich optimiert werden. Das vorliegende Buch liefert dazu fundierte Informationen und Checklisten. Neun Bausteine für einen Geschäftsplan helfen, bei der professionellen Planung und Darstellung der Direktvermarktung.

Die beiliegende CD erleichtert die Prüfung der Direktvermarktung und soll Optimierungsmöglichkeiten aufdecken. Die Autoren sind seit vielen Jahren als Berater in der landwirtschaftlichen Direktvermarktung tätig.

Redelberger, Rettner, Stegmann: *Direktvermarktung*. 72 Seiten, DIN A4-Format, Broschur, CD zur Analyse des eigenen Betriebs. Bioland-Verlag 2006, 24,80 Euro. Zu bestellen im Bioland-Verlag, Tel. 06131-14086-95, Fax: 06131-14086-97.

Fés, Stadt der Gerber. Unter dem schummrigen Licht einer tief hängenden Lampe aus dunkelgrünem Glas leuchten bunte Vasen, goldene Ketten und silberne Teekannen. Geschnitzte Packesel in den Regalen, im Schaufenster eine Karawane filigraner Holzkamele. Im Glanz der Spiegel wirkt der Raum wie eine Schatztruhe aus Tausendundeiner Nacht. Ich sitze an einem Tisch, dessen Platte aus smaragdgrünen Mosaiksteinen besteht, und trinke vorsichtig heißen Pfefferminztee. „Wie bei Aladin und der Wunderlampe“, sage ich, als ich

aus dem Geschäft in die blendende Sonne trete. Ein junger Mann spricht mich an: „Woher wissen Sie meinen Namen?“ ... Das Buch „Die Welt in meinen Augen“ versammelt die großen und kleinen Träume der Menschen, denen der Autor auf seinen Reisen begegnet ist, und öffnet mit jeder Geschichte ein Fenster in eine neue Welt voller Stimmen, Düfte und Farben. In seinen Erzählungen und Fotos wagt Armin Pongs einen Blick hinter die Kulissen.

Warum will Aladin lieber Fernsehmoderator als Gerber werden? Was macht eine Leinwandstatue in New York? Wie bestimmt Dracula das Leben eines Kesselflickers in Rumänien? Was will der Jesuit am Ganges?

In sieben Geschichten geht es um die Welt. Aber nicht im Weltreisetempo, sondern beinahe in Zeitlupe nimmt der Leser für Momente am Leben von Menschen in Rumänien, in Tansania, Marokko, Manhattan, Indien, Israel und Ecuador teil. Man hat das Gefühl, selber dort zu sein, selbst gerade mit der Person gegenüber zu sprechen, zu sehen, was der Autor beschreibt. Und dies noch bevor man die farbenprächtigen Fotos, die zwischen die Seiten der Geschichten eingeflochten sind, gesehen hat.

Vielleicht liegt es an den kurzen Sätzen, vielleicht auch daran, dass alle Sinne zur Sprache kommen, fühlen, hören, riechen, sehen, schmecken.... Ganz kleine Details werden erzählt, zu denen die Aufmerksamkeit wandert. Und dann auf einmal eine

plötzliche Wendung: Man ist in einer anderen Kultur und entdeckt plötzlich, dass etwas ganz anders ist.... eben so wie es einem beim Reisen mit offenen Augen durch die Welt ergeht, ob zu Hause oder unterwegs ist dabei gar nicht wichtig.

Lebendig und hautnah – so lassen sich die Geschichten vielleicht am besten beschreiben.

Pongs gelingt es, in seinen Geschichten aus aller Welt, hinter den Problemen der jeweiligen Gesellschaft den Menschen hervortreten zu lassen. Nicht Schicksal und Schmerz sind das tragende Element in seinen Texten, es sind die Wünsche und Träume des Einzelnen, die Hoffnung auf eine bessere, eine gerechtere Welt. Hier erzählt kein Resignierter, vielmehr ein Faszinierter, zuversichtlich und mit Feingefühl. Die Erzählungen sind sehr persönlich; und doch lassen sie dem Leser/der Leserin den Raum, selbst zu schauen. Eine wunderbare Lektüre für kleine Reisen von zu Hause aus – zu Menschen in Ländern in aller Welt.

Sonja Korpeter

Armin Pongs: *Die Welt in meinen Augen*. Reiseerzählungen. Dilemma Verlag 2005, 128 Seiten mit Fotos, 19,90 €.

Koexistenz im Lohnunternehmen oder: Wie reinigt man einen Mähdrescher?

Es geht heiß her in der Gentechnikdebatte. Vor allem die Gentechnikindustrie versucht einen Fuß in die Tür der deutschen Bauern zu bekommen. Doch die Ablehnung ist groß und nicht auf einzelne Gruppen konzentriert. Die Industrie, die Politik und nicht zuletzt der Bauernverband versuchen zu vermitteln, dass ein Nebeneinander von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik möglich sei. In der aktuellen Debatte wird vor allem die Auskreuzung aus Beständen von Genpflanzen betrachtet. Diskutiert wird, welche Mindestabstände ein Nebeneinander gewährleisten können. Aber schon die Frage, wie man Biene davon abhalten will, die Genfelder anzufliegen, bleibt gänzlich unbeantwortet.

Die im ABL-Verlag neu erschienene Studie „Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag“ lenkt den Blick auf einen bisher wenig beachteten Ort für Kontaminationen. Was passiert in den Maschinen, die vor, während und nach dem Anbau überbetrieblich zum Einsatz kommen? Auf Feldern mit und

ohne Gentechnik. Was ist mit Sämaschinen, Mähdrescher, Häcksler, Anhänger, Pflanzenschutzspritze,....? Wie groß ist das Risiko, dass es zu Verschleppungen kommt? Wie hoch der Aufwand und die Kosten, um Verschleppungen zu verhindern oder mindestens zu minimieren?

In der Broschüre fasst Mute Schimpf die Ergebnisse ihrer Diplomarbeit zusammen. Neben einer Darstellung der wissenschaftlichen Untersuchungen zur Verschleppung im überbetrieblichen Maschineneinsatz und dem rechtlichen Rahmen in Europa sowie in Deutschland nimmt die Befragung von Lohnunternehmern aus ganz Deutschland zentralen Platz ein. Insbesondere durch die Interviews mit den Praktikern bekommt die Broschüre einen engen Praxisbezug. Sie ist eine gelungene, allgemeinverständliche Zusammenfassung der wissenschaftlichen Arbeit. Nicht nur praktizierenden Landwirten vermittelt sie Einblicke in die Probleme, die uns bei einer Einführung der Gentechnik erwarten.

Mute Schimpf „Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag“, ABL Verlag, Schutzgebühr 3 Euro



Bewegte Zeiten

Alltagsgeschichten aus 30 Jahren Unabhängige Bauernstimme.
Das neue Buch im ABL-Verlag

Wenn die Bauernstimme per Post auf den Höfen eintrifft, gibt es bei den Lesern eine unterschiedliche Herangehensweise, was zuerst gelesen wird. Die Einen schlagen vorne Texte zur aktuellen Agrarpolitik auf, die Anderen suchen Berichte aus ihrer Region und die Dritten fangen von hinten mit der Seite 24 an und lesen von Seite 19 „Ein Bauer erzählt“ weiter rückwärts nach Seite 9 „Aus Feld, Stall und Umfeld“, bevor sie sich der übrigen Zeitung widmen. Diese zuletzt genannten Geschichten markieren ein Stück der Einmaligkeit der Bauernstimme. Keine andere landwirtschaftliche Zeitung bietet ihren Lesern den Raum, in eigenen Worten über ihre betriebliche Situation zu berichten, von besonderen Ereignissen auf den Höfen zu erzählen oder ihre Überlegungen zur Zukunft darzustellen. Gemeinsam ist diesen Berichten und Geschichten, dass sie den Menschen in den Mittelpunkt stellen, nicht nur den Verstand, sondern auch den Bauch sprechen lassen, sich gegen widersinnige Entwicklungen sträuben oder je nach Lebenssituation mit gemischten Gefühlen in die Zukunft blicken.



Der ABL-Verlag hat das 30-jährige Bestehen der Unabhängigen Bauernstimme zum Anlass genommen, diese häufig sehr persönlichen Texte als Buch herauszugeben, um sie auch über die Bauernstimme-Leserschaft hinaus bekannter zu machen.

So findet sich auf 160 Seiten eine Auswahl von 56 Geschichten zur Arbeits- und Lebenssituation auf dem Land. Das Buch unterscheidet sich von anderer Literatur zum Landleben dadurch, dass die Erzähler und Erzählerinnen nicht über das idyllische Landleben aus der Vergangenheit berichten, sondern ein realistisches Bild der heutigen Landwirtschaft aufzeigen. Ein Buch mit Geschichten, die ein sympathisches Bild vom heutigen Leben auf dem Land rüberbringen, bestens geeignet zum Schmökern und Verschenken.

Vera Thiel

Bewegte Zeiten. Alltagsgeschichten vom Land – aus 30 Jahren Unabhängige Bauernstimme. Zusammengestellt von Vera Thiel. 160 S., 13,90 Euro, zu bestellen beim ABL-Verlag, ISBN 3-930 413-30-2.

Kurzes am Rande

Neue Erwerbskombinationen

In einem neuen Buch beschreiben fünf Autoren anhand von Beispielen, wie landwirtschaftliche Betriebe neue Einnahmequellen mit der Wertschöpfung aus der Erzeugung von Lebensmitteln kombinieren können. Auch die Rahmenbedingungen kommen zu Sprache. Zwei Beiträge geben einen Überblick über die Ausprägungen der Erwerbskombinationen in zwei niedersächsischen Regionen, ein Beitrag befasst sich mit der Integration sozialpädagogischer und psychiatrischer Aufgabenstellungen in die Tätigkeit von Landwirtschaftsbetrieben, und zwei Beiträge berichten „über lebensweltlich-lebensgeschichtliche Aspekte bäuerlicher Erwerbskombinationen am Beispiel zweier Landwirte“. In einem weiteren Aufsatz wird schließlich die Ausweitung und Förderung bäuerlicher Erwerbskombinationen als notwendiger Weg zur Bewältigung der gegenwärtigen Agrarprobleme in Polen erörtert. pm

Gerd Vonderach (Hrsg.): *Neue Erwerbskombinationen auf dem Bauernhof. Institut für regionale Forschung e.V., Neue Land-Berichte Band 2. Shaker Verlag 2006, 108 S., 12,00 Euro.*

Vergessene Beerensorten – neu entdeckt!



Eine Hand voll Beerensorten beherrscht heute den Markt. Viele alte Sorten sind vom Aussterben bedroht und schon (fast) verschwunden. Dennoch wurden einige alte Beerensorten in Hausgärten oder in Sammlungen bis heute weiter gepflegt: Goliath, Moschuserdbeere, Osterfee, Amazone, Wunder von Köthen, Goldkönigin oder Rote Triumphbeere sind nur einige der vielversprechenden Namen. Die Fülle alter Sorten bietet

eine breite Palette an Farben, Formen, Geschmäckern und Eigenschaften, schwärmen die Autoren eines kleinen Buches. Reich bebildert präsentiert das Buch rund 100 alte Beerensorten – Erdbeeren, Himbeeren, Brombeeren, Johannisbeeren und Stachelbeeren. Es schildert, wie Beerensorten ein Teil unserer häuslichen Kultur wurde, gibt praktische Hinweise zu Anbau und Pflege im Hausgarten sowie Anleitungen für traditionelle Formen der Verwertung. Das Buch entstand in Zusammenarbeit mit Experten der Stiftung ProSpecieRara und dem Verein Arche Noah, die sich für die Erhaltung und Verbreitung alter Obstsorten einsetzen. pm

Brigitte Bartha-Pichler, Martin Frei, Bernd Kajtna, Markus Zuber: *Osterfee und Amazone. Vergessene Beerensorten – neu entdeckt. Löwenzahnverlag Innsbruck 2006. 160 S., vierfarbig, fest gebunden mit Schutzumschlag, 23,90 Euro, ISBN 3-7066-2348-X. Zu beziehen über den Buchhandel.*

Effiziente Jahresabschluss-Analyse

Mittlerweile werden in landwirtschaftlichen Betrieben viele betriebswirtschaftliche Daten erhoben. Nicht selten mangelt es aber an der Zeit und Muße, diese Zahlen schnell und zielsicher auszuwerten, um dann Schlüsse ziehen zu können. Besonders wichtig wird das, wenn Betriebe kooperieren, etwa in Form einer GbR oder in anderen Konstruktionen. Dieses Buch bietet eine abgestimmte Anleitung zur Analyse von Erfolgs- und Risikofaktoren „in landwirtschaftlichen Unternehmen“. Ausgehend von der Finanzbuchhaltung werden verschiedene Erfolgskennzahlen für die Unternehmensanalyse hergeleitet. Grundlage ist der für alle Rechtsformen in der Landwirtschaft einheitliche BMELV-Jahresabschluss. Die Kennzahlen werden praxisnah erläutert und die Herleitung in anschaulicher Form dargestellt. Dazu dient ein Modellbetrieb, der



bei gleicher Faktorausstattung in drei verschiedenen Rechtsformen (Einzelunternehmen, GbR und GmbH) vorliegt. Anhand der jeweiligen Jahresabschlüsse werden die Kennzahlen zur Rentabilität, Liquidität und Stabilität erarbeitet und eine tiefere individuelle betriebswirtschaftliche Analyse dargestellt. pm

DLG: *Effiziente Jahresabschlussanalyse: Einheitliche Erfolgskennzahlen für landwirtschaftliche Betriebe aller Rechtsformen. DLG-Band 194, 2. Auflage. DLG-Verlag Frankfurt 2006, 109 S., 17,90 Euro. Zu beziehen über den Buchhandel.*

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Regionen voller Energie
aktiv - genussvoll - erneuerbar

1. Oktober 2006 | 23.09.-08.10.2006

TAG DER REGIONEN
... wurzeln in einer globalisierten Welt.

Koordinationsbüro Nord
Zur Specke 4
34434 Borgentreich
Tel. 05643 - 948537

Koordinationsbüro Süd
Museumstraße 1
91555 Feuchtwangen
Tel. 09852 - 1381

www.tag-der-regionen.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/75 330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/6 79, Fax: 043 26/28 91 47
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038 453/20 400; Franz Joachim Bienstein,
Tel.: 038 41/79 12 73; Helmut Peters, Tel.: 038 454/20 21 5
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039 604/2 68 59
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/1 25 18; Erich Degreif,
Tel.: 03 32 04/3 56 48; Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 023 81/90 53 170, Fax: 023 81/49 22 21
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga,
Tel.: 056 73/35 40

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Norbert Worm, Roemerstr. 1, 54568 Gerolstein,
Tel.: 065 58/86 21
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36,
E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28,
Fax: 073 52/94 14 22
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,
Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;
www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer,
Tel.: 088 47/8 04,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger,
Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 03 73 23/50 12 9, Fax: 03 73 23/1 58 64



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 171, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 03 37 04/6 61 61, Fax: 03 37 04/6 61 62

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,
Tel.: 023 81/90 53 173, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Pisa-Studie zu Gentechnik

Gentechnik auf dem Acker, gibt's das bei uns schon? Schweigen. Dann Tuscheln. Ja, irgendwas hat irgendwer schon mal irgendwo darüber gehört. „Esst ihr denn schon gentechnisch veränderte Produkte“, hake ich nach. „Ja, bestimmt“, sind die Schüler überzeugt. Und dann kommt die Tomate. Die kommt immer. „Die Tomate ist bestimmt gentechnisch verändert“, weiss einer, „damit sie nicht so schnell matschig wird.“

Ein ganz normaler Morgen in einer ganz normalen Schule irgendwo zwischen Münster, Dortmund und Bielefeld. Ich bin mal wieder unterwegs für das Jugendbildungsprojekt BIOPOLI zu biologischer Vielfalt und spreche mit den Schülern über Agro-Gentechnik und Welternährung.

Die Ausrichtung des Projekts ist entwicklungspolitisch. Es wird von entsprechenden kirchlichen und staatlichen Stellen gefördert. „Hilft Gentechnik gegen den Hunger auf der Welt?“ ist die zentrale Frage zum Thema Gentechnik. Weitere Themen sind Biopiraterie, Welthandel und biologische Vielfalt. Bevor die Schüler verstehen, warum weder patentiertes Saatgut noch totalherbizidtolerante Pflanzen und schon gar nicht die Terminator-Technologie ein Segen für Kleinbauern in der Dritten Welt sind, muss ich erstmal mit der Gerüchteküche aufräumen, was es angeblich schon alles an gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Markt gibt – allen voran natürlich die Tomate, an der ja wirklich schon herummanipuliert worden ist, aber mit wenig Erfolg. Wenn die gemeine Supermarktomate heute länger haltbar ist, beruht das auf herkömmlichen Züchtungsverfahren. Für die Gentechnik erwies sich die Tomate als Flop. Auch Äpfel scheinen einigen Schülern verdächtig – vielleicht weil die hochgezüchtete Supermarktspezies kaum mehr an das erinnert, was in unseren Gärten wächst.

So bringe ich die Schüler mit einigen Infos zu den beiden wirklich relevanten Technologien: Herbizidtoleranz (Stichwort Round-up, Basta oder Liberty) und Insektenresistenz (Bt-Technologie) auf den Boden der Tatsachen zurück. Wir werfen gemeinsam einen Blick auf die Weltkarte: Soja, Mais, Baumwolle und Raps, welche dieser bereits gentechnisch veränderten Pflanzen wachsen in welchen Ländern? Was hat Soja mit unserer Ernährung zu tun? Was muss bei uns gekennzeichnet werden? Wissen die Amis, was sie essen?

Und dann kommt die Gretchenfrage. Irgendjemand stellt sie immer: „Ist Gentechnik gefährlich für unsere Gesundheit?“ Ratlosigkeit. Ich zitiere kritische Wissenschaftler, Fütterungsversuche an Ratten mit veränderten Blutwerten als Folge und bringe schließlich den schönen Begriff „Phantomrisiken“ ins Spiel, den ein kritischer Wissenschaftler geprägt hat. Soll heißen: Anders als bei der Atomtechnologie mit ihrer radioaktiven Strahlung wissen wir bei der Gentechnik noch gar nicht, auf welche Risiken wir uns einlassen. Denn im Gegensatz zu einer atomaren oder chemischen Verschmutzung baut sich eine gentechnische Verschmut-

zung nicht mit der Zeit ab, sondern kann sich vermehren.

Die Schüler sehen die möglichen Gefahren für ihre Gesundheit eher resigniert, weil sie glauben, dass Gentechnik sowieso schon überall drin sei. Oft wissen sie nicht, dass Lebensmittel bei uns gekennzeichnet werden müssen und sie so die Freiheit haben zu wählen.

Nach der Diskussion über Gentechnik bei uns komme ich dann wieder auf die Kleinbauern in der sogenannten Dritten Welt zurück. Ein kurzer Filmausschnitt aus Mittelamerika hilft mir dabei. Die Schüler sehen einen Kleinbauer aus El Salvador bei der Handarbeit auf seinem einen Hektar Land. Er verspricht sich nichts von der Gentechnik. Dann kommt ein Großbauer aus Nicaragua zu Wort, der 700 ha bewirtschaftet. Er würde Gentechnik einsetzen, wenn es erlaubt wäre. „Dann brauche ich nur noch meine Sämaschine und das Gift“, schwärmt er und meint damit das Totalherbizid. Die Bilder von der Landwirtschaft in Mittelamerika faszinieren die Schüler immer. „Und wie viel Hektar bewirtschaftet ein Bauer bei uns?“

frage ich anschließend. Ratlosigkeit. 1.000 Hektar, meint Einer. Wohl gemerkt, wir sind in Westfalen. Schnell schiebe ich einige Bemerkungen zur Landwirtschaft in Deutschland und Amerika nach, bevor es zur Pause klingelt.

Fazit: Für die meisten Schüler ist Landwirtschaft sehr weit weg. Deshalb verstehen sie die aktuelle Diskussion um die Einführung der Gentechnik in Deutschland oft nicht.

Auch da hilft die Bauernstimme gern.

Wiebe Erdmanski-Sasse

Infos zum Jugendbildungsprojekt BIOPOLI sowie Vermittlung von Referenten: BUKO Agrar Koordination, Tel. 040-392526, www.bukoagrar.de



7-8/2006

unabhängige Bauernstimme: Bildungsauftrag für Generationen

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.**
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**